

EUROPA – NEIN DANKE?

STUDIE ZUM AUFSTIEG RECHTS- UND
NATIONALPOPULISTISCHER PARTEIEN IN EUROPA

Karsten Grabow

Florian Hartleb



Dieser Text basiert in Teilen auf zwei Kapiteln der englischsprachigen Studie „Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe“ (im Weiteren: Grabow und Hartleb 2013a). Für die vorliegende Broschüre wurden die Kapitel von Karsten Grabow und Theresa Saetzler bearbeitet und ins Deutsche übersetzt.

ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID: 53323-1311-1004



Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2013, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfotos:

© ullstein bild – Reuters / TOBY MELVILLE
ullstein bild – Reuters / DOMINIC EBENBICHLER
ullstein bild – Reuters / PHILIPPE WOJAZER
ullstein bild – AP / PETR DAVID JOSEK
ullstein bild – AP / Fredrik Sandberg
ullstein bild – Alpeyrie

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-944015-99-6

INHALT

5 | ZUSAMMENFASSUNG

7 | 1. EINLEITUNG

11 | 2. RECHTS- UND NATIONALPOPULISTISCHE PARTEIEN
IN EUROPA

2.1 Begriff und Inhalt des Rechtspopulismus.....	14
2.2 Entstehungsbedingungen.....	21
2.2.1 Wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Wandel .	22
2.2.2 Das strategische Verhalten der etablierten demokratischen Parteien	23
2.2.3 Der institutionelle Kontext.....	28
2.2.4 Öffentlichkeit	29
2.2.5 Politische Unternehmer.....	30

35 | 3. ZUM UMGANG MIT RECHTS- UND NATIONAL-
POPULISTEN

46 | LITERATURVERZEICHNIS

52 | DIE AUTOREN

52 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

ZUSAMMENFASSUNG

Rechts- und nationalpopulistische Parteien konnten sich fast überall in Europa als relevante politische Kräfte etablieren.

Der Aufstieg der Rechts- und Nationalpopulisten ging zu Lasten aller traditionellen Parteien.

Die gegenwärtige Stärke rechts- und nationalpopulistischer Parteien beruht auf der Erweiterung ihrer „Stammthemen“ Fremdenfeindlichkeit und Elitenkritik um die simple Mobilisierungsformel: „Nein zu diesem Europa“.

Rechts- und nationalpopulistische Parteien beeinflussen etablierte Parteien in Europa, ihre Positionen strahlen auf andere Parteien aus und die Parteienlandschaft in vielen europäischen Ländern verändert sich dauerhaft. Nationale Politik und Europapolitik stehen in vielen Ländern durch die harten Forderungen von Rechts- und Nationalpopulisten unter Druck.

Von den bisherigen Strategien der Volksparteien im Umgang mit Rechts- und Nationalpopulisten – scharfe Abgrenzung, Annäherung mit teilweiser Übernahme von Positionen, tolerierte Minderheitsregierungen oder Zusammenarbeit in Koalitionen – erwies sich keine als Patentrezept.

Fünf Bedingungen sind entscheidend für Entstehen und Erfolg rechts- und nationalpopulistischer Parteien:

1. Eine kritische Masse an ungebundenen und enttäuschten Wählern ist vorhanden.
2. Einwanderung und Europakritik sind bestimmende Themen öffentlicher Debatten.
3. Wichtige Medien sind offen für extrem verkürzte und radikal zugespitzte Darstellungen von Einwanderungs- und Europathemen.

4. Die institutionellen Bedingungen des Wahlsystems sind für schnelle Erfolge neuer Parteien günstig.
5. Es existiert eine charismatische Führungspersönlichkeit und/oder „politisches Unternehmertum“.

Aus den Ergebnissen der Studie ergeben sich für Volksparteien in Europa zur Bekämpfung rechts- und nationalpopulistischer Tendenzen folgende Handlungsempfehlungen:

- Komplexe politische Zusammenhänge sollten fortwährend glaubwürdig und verständlich erklärt werden.
- Die Vorteile der Europäischen Integration für die Bürger sollten klar und nachvollziehbar kommuniziert werden.
- Die politischen Leerformeln der rechts- und nationalpopulistischen Parteien sollten durch direkte thematische Auseinandersetzung „entzaubert“ werden.
- Soziale Exklusion sollte wirksam bekämpft werden.
- Kriminalitätsbekämpfung muss konsequent erfolgen, Opferschutz sollte dabei im Vordergrund stehen.
- Die geltende Rechtslage zur Einwanderungsregulierung und Integration sollte konsequent angewendet und durchgesetzt werden.
- Erfolge in der Stabilisierungspolitik des Euro und der Nutzen der dafür erforderlichen Reformen sollten erkennbar sein.

1. EINLEITUNG

„Ich interessiere mich für Europa, da ich es mit all meinen Kräften bekämpfe¹“. „Die EU ist ein gigantisches, undemokratisches ... Monster²“. „Wer Europa ... in die Zukunft führen will, ... der muss letztlich den Weg zu den nationalen Wäh-rungen zurückgehen³“. „Immer, wenn die EU beteiligt ist, hast du ein Problem⁴“. So klingen Politiker, die sich gegenwärtig in Europa wieder zunehmender Beliebtheit erfreuen: Marine Le Pen, Chefin des französischen *Front National*, die bei den letzten Präsidentschaftswahlen knapp 20 Prozent der Stimmen erreichte und ihre Partei ein paar Wochen später nach fast 20-jähriger Abstinenz zurück in die Nationalversammlung brachte; Geert Wilders, dessen Partei für die Freiheit trotz der Niederlage bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 mittlerweile die stärkste Kraft in den Niederlanden ist; Heinz-Christian Strache, Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs, der sich nach den Nationalratswahlen Ende September 2013 als heimlicher Sieger feiern ließ, nachdem er die FPÖ zu fast alter Stärke geführt hat und Timo Soini, dessen Partei, die (Wahren) Finnen⁵, ihr Ergebnis mit einem euroskeptischen Kurs bei den letzten Parlamentswahlen auf knapp 20 Prozent vervierfacht hat.

Auch in anderen Ländern haben Europa-, vor allem jedoch EU-Kritiker Zulauf – ob in Dänemark, Schweden, Polen, der Slowakei, Italien, Griechenland oder in Großbritannien. In Norwegen – selbst zwar kein EU-Mitglied, aber dennoch mitten in Europa – schaffte es die rechtspopulistische Fortschrittspartei nach den Wahlen im Spätsommer 2013 in die

Regierung. Nicht ausschließlich, aber auffallend häufig sind dies Parteien, die ursprünglich als einwanderungs-, fremden- und islamfeindlich oder kurz als rechtspopulistisch galten. Sie haben zu diesem festen Bestandteil ihrer Politik europa- und EU-skeptische Positionen hinzugezogen – und sind damit sehr erfolgreich.

Die EU taugt offenbar gut als Feindbild. Bei der letzten Europawahl 2009 wurde die europafeindliche United Kingdom Independence Party (UKIP) mit knapp 17 Prozent noch vor der Labour Party zweitstärkste Partei im Vereinigten Königreich. Bei den Regionalwahlen im Mai 2013 steigerte sich die UKIP erheblich und erreichte knapp 150 der zur Wahl stehenden Gemeinderatssitze. Geert Wilders, der mit seiner Verweigerung zu Brüsseler Sparvorgaben die Neuwahlen in den Niederlanden erst erzwungen hat, sagte vor eben diesen Neuwahlen in einem TV-Duell gegen den Amtsinhaber Mark Rutte: „Obama hatte den Slogan ‚Yes, we can‘; Sie, Herr Rutte sagen ‚Yes, we pay‘“⁶.

Nirgendwo wird die sogenannte vertikale Dimension des Rechtspopulismus, d. h. die Grenze zwischen „uns“, den „einfachen, ehrlichen, kleinen Leuten“ und „denen da oben“, dem „abgehobenen Establishment“ so sichtbar wie in den Debatten um die EU, ihre Verfahren und ihre Institutionen. Als „ordinäre Völlerei“ bezeichnete beispielsweise Geert Wilders die Bezüge der Kommissare, deren monatliche Einkünfte er mit 27.000 EUR angab (ebd., s. Anm. 6). „Genug gezahlt“ für EU, ESM und in Not geratene Euroländer ist auch ein sehr verfänglicher Slogan von Heinz-Christian Strache und seiner FPÖ.

Europaskepsis ist zwar kein neues Phänomen, aber die Breite und der Erfolg der EU-Gegner sind bemerkenswert. Dabei spielen die rechts- und nationalpopulistischen Parteien eine Vorreiterrolle. Sie haben mit Europa, genauer der Europäischen Union und deren Institutionen, eine neue Mobilisierungsformel gefunden und die Koordinaten ihrer Agitation neu justiert. Zur Fremden- und Islamfeindlichkeit auf der einen und der Elitenkritik zum anderen ist als gleichberechtigtes Feindbild Europa hinzugekommen (siehe u. a. Lynch, Whitaker und Loomes 2012).

Welche Folgen hat der Siegeszug der Rechtspopulisten für die weitere Europäische Integration? Lassen sich mit platter Europakritik und einfachen „Antworten“ vom Schlage „Genug gezahlt“ oder „Raus aus dem

Euro“ Wahlen gewinnen – vor allem Europawahlen, bei denen die Wähler eher experimentieren als bei nationalen Parlamentswahlen?

Diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt dieser Broschüre. Sie basiert auf einer umfangreicheren Studie, die die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Centre for European Studies (CES) zum Thema Rechts- und Nationalpopulismus in Europa durchgeführt hat (Grabow und Hartleb 2013a). Darin wurden neben einer thematischen Einführung, einem Vergleich des Rechts- und Nationalpopulismus in west- und osteuropäischer Sicht und einer Darstellung der transnationalen Kooperation rechtspopulistischer Parteien zwölf europäische Länder näher untersucht. Eine Erkenntnis der Studie war, dass Vorurteile gegenüber den Europäischen Institutionen, die heute auch von den einst fast ausschließlich fremdenfeindlichen rechtspopulistischen Parteien virtuos bedient werden, durchaus auf fruchtbaren Boden fallen. Neben ihre bekannten einwanderungs- und fremdenfeindlichen Positionen haben die europäischen Rechtspopulisten sehr erfolgreich euroskeptische und antieuropäische gestellt. Sie kritisieren die von der Lebenswelt der „einfachen Leute“ angeblich Lichtjahre entfernten Entscheidungsverfahren der politischen Eliten und auch den Inhalt der getroffenen Entscheidungen. Insbesondere die Finanzhilfen für die ins Wanken geratenen Volkswirtschaften Südeuropas waren willkommenes Argumentationsfutter für die rechten Populisten. Solange dieses Problem schwelt und solange die EU auch mit dem Image eines entschwebten „Elitenraumschiffes“ oder „Bürokratiemonsters“ behaftet ist, werden die Rechtspopulisten noch genügend Munition für ihre euroskeptische und sogar europafeindliche Propaganda finden.

Eine weitere Erkenntnis der Studie war, dass die Forderungen der Europaskeptiker auch auf die anderen Parteien ausstrahlen und deren Positionen beeinflussen. Ohne Nigel Farage UKIP hätte David Cameron vermutlich kein Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU in Aussicht stellen müssen, ohne die (Wahren) Finnen wäre die Sammlungspartei heute vermutlich nicht so zögerlich, was weitere Finanzhilfen für in Not geratene Euro-Nachbarländer angeht und ohne Geert Wilders' PVV gäbe es heute möglicherweise noch eine starke christlich-demokratische Partei in den Niederlanden.

Dieses Papier endet mit Überlegungen, wie insbesondere christlich-demokratische und konservative Parteien auf die rechtspopulistischen Herausforderer reagieren können, um deren Aufstieg aufzuhalten oder wieder rückgängig zu machen. Zuvor werfen wir jedoch einen Blick auf die gegenwärtige Situation der europäischen Rechtspopulisten und arbeiten dann wesentliche Merkmale, Mobilisierungsthemen und -strategien sowie die Entstehungsbedingungen rechtspopulistischer Parteien heraus.

- 1| *Marine Le Pen in einem Interview mit Euronews am 18. Februar 2011, <http://de.euronews.com/2011/02/18/marine-le-pen-auf-modernisierungskurs-der-front-national/> (zuletzt besucht am 25.06.2013).*
- 2| *Geert Wilders: „Die EU steht für alles, was in Europa falsch läuft“, Rede von Geert Wilders am 9.6.2013 in Los Angeles, <http://zoelibat.blogspot.de/2013/06/Geert-Wilders-EU-Europa.html> (zuletzt besucht am 25.06.2013).*
- 3| *Heinz-Christian Strache in der Sendung „Pressestunde“ vom 2. Juni 2013, <http://www.youtube.com/watch?v=5SAXatcHozE> (zuletzt besucht am 25.06.2013).*
- 4| *Timo Soini benutzte diesen Wahlkampfsspruch mehrfach, zuerst 2006, danach – mit größerem Erfolg – 2009, vgl. Raunio (2012; 2013).*
- 5| *Die Partei änderte ihren englischen Namen von „The True Finns“ in „The Finns“ im August 2011, um ihre noch engere Verbundenheit mit den „einfachen Menschen“ zu unterstreichen. Im Finnischen meint der Parteiname Perussuomalaiset ohnehin genau dies, nämlich die „einfachen“ Finnen (Raunio 2012: 4).*
- 6| *„Debat Wilders Ruttte (sic!) EU“, <http://www.youtube.com/watch?v=q3BHqDriCP4> zuletzt besucht am 25.06.2013).*

2. RECHTS- UND NATIONAL-POPULISTISCHE PARTEIEN IN EUROPA

Nach anfänglichem Aufflammen in den 1970er Jahren erlebten rechtspopulistische Parteien in der Dekade zwischen Mitte der 1980er und 1990er Jahre eine Blütezeit. Sie wurden nicht nur mehr, sondern auch größer und einflussreicher. So schafften in Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, Schweiz, Norwegen und – trotz einiger Schwankungen der Fortschrittspartei, bis sie 1995 durch die erfolgreichere Volkspartei (DF) ersetzt wurde – auch in Dänemark rechte Parteien den Einzug in die jeweiligen Parlamente oder konnten die Anzahl ihrer bereits errungenen Mandate vergrößern. Grundlage dieses Erfolges war eine aktualisierte und radikalisierte Propaganda, die besonders auf die Themen „Einwanderung“ und „Überfremdung“ zielte, die mit der Behauptung verbunden wurde, Einwanderer würden den Sozialstaat ausnutzen oder eine Bedrohung für die kulturelle Identität des jeweiligen Landes darstellen (Taggart 2000: 95, s. auch Scharenberg 2005).

Darüber hinaus attackierten die Rechtspopulisten die etablierten demokratischen Parteien. Ihnen warfen sie Selbstbezogenheit und Bürgerferne vor und meinten, das politische Establishment würde sich nur in behaglichen und abgeschiedenen Zirkeln bewegen. Es ist kein Wunder, dass die rechtspopulistischen Parteien vor allem in Ländern mit einem konsensorientierten Politikstil (Lijphart 1999) auftauchten,

denn es war genau dieser Elitenkonsens, den die Populisten aufs Korn nahmen. Gemeinsam war ihnen zunächst ihre einwanderungskritische Haltung (Hartleb 2004; Scharenberg 2005; Bornschieer 2011). Dies verschaffte ihnen den Ruf als Anti-Immigrationsparteien, wobei einige von ihnen wie die italienische *Lega Nord* (LN) und die belgische *Vlaams Belang* (VB) auch Separatismus als Unterform einer ausschließenden Mobilisierung („Wir gegen die“) gebrauchten.

Tabelle 1: Länder mit relevanten¹ rechtspopulistischen Parteien und ihre Wahlergebnisse seit Mitte der 1990er Jahre

Land	Partei/Parteien (Jahr ihrer Gründung)	Wahlergebnisse, in Prozent der Wählerstimmen (in Klammern das Jahr der Wahl)						Bestes Ergebnis*
Belgien	Vlaams Belang** (VB, 2004)	7,8 (‘95)	9,9 (‘99)	...	11,6 (‘03)	12 (‘07)	7,7 (‘10)	
Dänemark	Fortschrittspartei (FRP, 1973)	6,4 (‘94)	-	-	-	-	-	T (2001-11)
	Dänische Volkspartei (DF, 1995)	-	7,4 (‘98)	12 (‘01)	13 (‘05)	13,9 (‘07)	12,3 (‘11)	
Finnland	Die Finnen*** (PS, 1995)	1,3 (‘95)	1,0 (‘99)	...	1,6 (‘03)	4,1 (‘07)	19 (‘11)	
Frankreich	Front National (FN, 1972)	12,4 (‘93)	14,9 (‘97)	11,3 (‘02)	...	4,3 (‘07)	13,9 (‘12)	2. Runde der Präsidentschaftswahlen (‘02)
Italien	Lega Nord (LN, 1989)	8,4 (‘94)	10,1 (‘96)	3,9 (‘01)	4,6 (‘06)	8,3 (‘08)	4,1 (‘13)	J (2000-11)
Litauen	Ordnung und Gerechtigkeit (TT, 2002)	-	-	-	-	12,7 (‘08)	7,3 (‘12)	J (seit 2012)
Niederlande	Liste Pim Fortuyn (LPF, 2002)	-	17 (‘02)	5,7 (‘03)	-	-	-	T
	Partei für die Freiheit (PVV, 2004)	-	-	-	5,9 (‘06)	15,5 (‘10)	10,1 (‘12)	
Norwegen	Fortschrittspartei (FrP, 1973)	6,3 (‘93)	15,3 (‘97)	14,6 (‘01)	22,1 (‘05)	22,9 (‘09)	16,3 (‘13)	J (seit 2013)
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ, 1956)	21,9 (‘95)	26,9 (‘99)	10 (‘02)	11 (‘06)	17,5 (‘08)	20,6 (‘13)	J (2000-05)
	Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ, 2005)	-	-	-	4,1	10,7	-	J (2005-07)

Land	Partei/Parteien (Jahr ihrer Gründung)	Wahlergebnisse, in Prozent der Wählerstimmen (in Klammern das Jahr der Wahl)						Bestes Ergebnis*
Polen	Recht und Gerech- tigkeit (PiS, 2001)	-	-	9,5 (‘01)	27 (‘05)	32,1 (‘07)	29,9 (‘11)	S (2006-10)
Schweden	Sweden Democrats (SD, 1988)	-	-	-	-	-	5,7 (‘10)	
Schweiz	Schweizerische Volkspartei (SVP, 1991)	14,9 (‘95)	22,5 (‘99)	...	26,6 (‘03)	29 (‘07)	26,6 (‘11)	R, zwei Sitze (2003-‘08)
Slowakei	Slowakische Nationalpartei (SNS, 1990)	5,4 (‘94)	9,1 (‘98)	- (‘02)	11,7 (‘06)	5,1 (10)	4,6 (‘12)	
Vereinigtes Königreich	United Kingdom Independence Party (UKIP, 1993)	-	-	-	-	-	-	2013 erreich- te sie bei den Regional- wahlen in England und Wales 6,2 %

Legende:

- nicht im nationalen Parlament vertreten oder zum angegebenen Zeitpunkt nicht existent;

* über den Einzug in das Parlament hinausgehend;

J = Juniorpartner in einer Regierungskoalition;

S = Seniorpartner in einer Regierungskoalition, Partei des Regierungschefs;

T = tolerierte eine Minderheitsregierung;

R = Regierungsbeteiligung.

** 1981-2003: Vlaams Blok (VB).

*** Bis 1995 SMP: Finnische Bauernpartei.

Quelle: Eigene Darstellung nach Nordsieck (2013) sowie Grabow und Hartleb (2013b: 14-15).

Einen neuerlichen Höhepunkt erlebten die rechtspopulistischen Parteien um die Jahrtausendwende. Im Jahre 2003 wurde die Schweizerische Volkspartei (SVP) stärkste Kraft und beanspruchte einen zweiten Sitz im Bundesrat. In Österreich schaffte es die FPÖ bereits drei Jahre zuvor als zweitstärkste Partei in die Regierung – als Juniorpartner der ÖVP. Die niederländische *Liste Pim Fortuyn* (LPF) kam 2002 aus dem Stand auf 17 Prozent der Wählerstimmen. Im selben Jahr schaffte es der Vorsitzende des französischen *Front National* (FN), Jean-Marie Le Pen, in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen. Zur gleichen Zeit entstanden in den jungen Demokratien Zentral- und Osteuropas zahlreiche, manchmal aber auch äußerst kurzlebige rechts- oder nationalpopulistische Parteien, z. B. in der Slowakei, Polen und Litauen. Aufgrund dieses anhaltenden Vormarsches rechtspopulistischer Parteien prägte der nie-

derländische Politikwissenschaftler Cas Mudde den Begriff vom „populistischen Zeitgeist“ (Mudde 2004).

Inzwischen haben sich die rechtspopulistischen Parteien fast überall in Europa als relevante politische Kräfte etabliert (vgl. Tabelle 1) und machen ihren Einfluss sowohl in ihrem jeweiligen Heimatland als auch auf europäischer Ebene geltend. Sie haben auch ihre bisher hauptsächlich aus Ausländerfeindlichkeit bestehende Propaganda um den Aspekt des Euroskeptizismus erweitert – und das mit Erfolg: Kritik an den Entscheidungsverfahren in der EU im Allgemeinen, an weiterer europäischer Integration im Besonderen, offene Ablehnung weiterer Finanzhilfen für krisengeschüttelte Wirtschaften und Vorurteile gegen zu viel Machtbefugnisse für Brüssel haben den populistischen Parteien viel Unterstützung eingebracht.

2.1 BEGRIFF UND INHALT DES RECHTSPOPULISMUS

Mit Populismus wird im Allgemeinen eine bestimmte Technik oder ein bestimmter Stil politischer Mobilisierung bezeichnet. Charakteristisch ist dabei die Unterscheidung zwischen der Führungspersönlichkeit und dem „einfachen Volk“, dessen Probleme die Führungsfigur zu kennen und zu verstehen vorgibt einerseits und andererseits zwischen dem „fernen politischen Establishment“, dem von den Populisten vorgeworfen wird, die Alltagsprobleme des Volkes entweder zu ignorieren oder vergessen zu haben (siehe z. B. Decker 2006: 12). So definiert sind populistische Parteien in erster Linie Ausdruck eines vormals nur unterschwelligen Protests gegen Missstände aller Art, wie z. B. die immer wieder behauptete zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft, Beteiligungsdefizite, Fehlleistungen der politischen Institutionen oder der politischen Akteure und die Unkenntnis des Alltagslebens. Derartige Missstände werden von Populisten identifiziert, artikuliert, ggf. auch konstruiert und dann so vertreten, dass sie sich als Anwälte des „kleinen Mannes“ darstellen und gegen das Establishment ankämpfen. Populisten tendieren dazu, für komplexe Probleme sehr einfache „Lösungen“ anzubieten, wie z. B. „kriminelle Ausländer raus“. Cas Mudde (2004: 542) bezeichnet diese Art von Politik als „Stammtischpolitik“ oder als Kommunikationsstil, der sich an das „Bauchgefühl“ der Menschen richtet (siehe auch Hartleb 2004: 58).

Dieser Stil trifft jedoch für links- als auch rechtsgerichteten Populismus zu. Hans-Georg Betz (2001) oder Karin Priester (2012: 3) schlugen deshalb vor, rechten und linken Populismus anhand der Begriffe „Inklusion“ und „Exklusion“ zu unterscheiden. Linksgerichteter Populismus ist demnach vorherrschend inklusiv. Neben der üblichen Kapitalismus- oder Neoliberalismuskritik und anarchischen Forderungen wie z. B. für ein bedingungsloses Grundeinkommen, Steueranhebungen für Wohlhabende und Verstaatlichung von Banken und Schlüsselindustrien sorgt sich der Linkspopulismus um die angeblich sozial Benachteiligten, die durch immense Umverteilung in die Gesellschaft integriert und unmittelbar an politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollen. Linkspopulistische Wirtschaftspositionen sind eindeutig protektionistisch und setzen auf staatliche Intervention bei Planungs- und Produktionsprozessen. Wie andere populistische Bewegungen sind auch die linksgerichteten Populisten skeptisch gegenüber der europäischen Integration und den EU-Einrichtungen, da diese angeblich hauptsächlich den Interessen von Kapitalisten und Finanzmärkten dienen. Obwohl linksgerichteter Populismus besonders außerhalb Europas oft von charismatischen Führungspersönlichkeiten getragen wird (Werz 2003), handelt es sich beim Linkspopulismus eher um „Populismus von bzw. für unten“ (Hartleb 2004: 59).

Rechter Populismus hingegen ist exklusiv. Er trennt zwischen „uns“, den einfachen und rechtschaffenden Bewohnern des Kern- oder Mutterlandes, und „denen“. Mit „denen“ können sowohl das politische Establishment gemeint sein als auch Ausländer, insbesondere (muslimische) Einwanderer, Asylsuchende und Angehörige ethnischer Minderheiten (Betz 1998: 4; siehe auch Taquieff 2012). So definiert hat Rechtspopulismus gleich zwei ausschließende Dimensionen, eine *vertikale* gegen das angeblich abgehobene Establishment und eine *horizontale* gegen kulturell Fremde, Ausländer und Einwanderer (siehe z. B. Frölich-Steffen und Rensmann 2005: 7; Bauer 2010: 7). Diese Gruppen dienen als Feindbilder, die Rechtspopulisten brauchen, um entweder unterschwellige Vorurteile zu schüren oder aber wirkliche Sorgen ihrer potentiellen Wähler zu bedienen. So werden beispielsweise (muslimische) Einwanderer, Asylsuchende und Angehörige ethnischer Minderheiten beschuldigt, die kulturelle Identität des Landes zu untergraben und als „Sozialparasiten“ den Sozialstaat auszunutzen – ohne die geringste Intention, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen oder sich in die „gastgebende Gesellschaft“ zu integrieren. Nach Meinung der Rechtspopulisten sollte die Wirtschaft in

erster Linie dem eigenen Land und die Leistungen des Sozialstaats vornehmlich der „eigenen“ Bevölkerung dienen, die hart arbeitet, aber durch die gescheiterte Einwanderungspolitik der politisch stets korrekt handelnden Regierung im Stich gelassen wurde (Mudde 2007: 125, 130-133).

Wegen der bedeutenden Rolle, die politische Einzelkämpfer bzw. politische Unternehmer dabei spielen, wird diese Art des Populismus auch als „Populismus von oben“ bezeichnet (Hartleb 2004: 59). Rechtspopulisten sehen sich als Anwälte nationaler und ethnischer Interessen, wie z. B. im Konzept der *préférence nationale* des französischen FN oder der belgischen *Vlaams Belang* (VB). Rechte Populisten mobilisieren Unterstützung dadurch, dass sie ganz klar zwischen Einheimischen und anderen Bevölkerungsgruppen, Nationalitäten und Kulturen differenzieren. Diejenigen, die fremd und/oder nicht willens sind, sich in die Gesellschaft des Gastlandes zu integrieren und die Regeln des Gastlandes zu akzeptieren, sollen ausgeschlossen bzw. ausgewiesen werden. Die Folge sind mehr oder weniger offener Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, die sich in Westeuropa vorwiegend gegen Einwanderer und Muslime richten, während in Osteuropa in erster Linie Juden und Roma Ziele der rechtspopulistischen Propaganda sind.

Aufgrund der starken Betonung von Nation und Nationalismus besteht in der Literatur weitgehend Einigkeit dahingehend, diese Strömungen nicht nur als rechts-, sondern auch als nationalpopulistisch zu bezeichnen (z. B. Bayer 2002; Betz 2002; Decker 2006; Frölich-Steffen 2008). Im Gegensatz zu rechtsextremen Parteien haben sie allerdings keine paramilitärischen Strukturen. Sie unterhalten in der Regel auch keine brutalen Schlägertrupps, obwohl in manchen Fällen Verbindungen zu neofaschistischen Kameradschaften gepflegt werden wie zum Beispiel bei den Schwedendemokraten oder der FPÖ (Pelinka 2005: 96-7). Anders als rechtsextreme Parteien bewegen sich Rechtspopulisten gerade noch im Rahmen von Demokratie und Parlamentarismus, obwohl auch hier die Grenzen fließend und nicht immer klar umrissen sind (Hartleb 2004: 111-117; Scharenberg 2005: 572; Decker 2006: 16). Das trifft besonders auf den *Front National* zu, der von den meisten Beobachtern zumindest bis zum Führungswechsel von Jean-Marie Le Pen auf seine Tochter Marine als rechtsextrem angesehen wurde.

Die ständige Ausweitung der Grenzen des Erlaubten durch geflüchtigtes Verletzen von Tabus ist Teil des Kommunikationsstils von Rechtspopulisten. „Ich sage, was Ihr denkt“ war einer der Slogans von Jörg Haider, der sowohl zeigte, wie er den Anwalt für die sogenannten „einfachen Leute“ spielte, als auch seine Bereitschaft unterstrich, Konventionen zu brechen und Grenzen immer weiter zu verlagern, indem er immer wieder Vorurteile und Unbehagen gegen die vermeintliche Unterwanderung der österreichischen Kultur und des österreichischen Sozialstaats schürte (Helms 1997; Betz 2002; McGann und Kitschelt 2005).

Angesichts ähnlicher Feindbilder und der offensichtlichen Nähe im politischen Mobilisierungs- und Kommunikationsstil wird klar, warum die betrachteten Parteien als *rechtspopulistisch* bezeichnet werden. Geschuldet ist das ihrer Propaganda gegen Ausländer, besonders gegen (muslimische) Einwanderer sowie gegen kulturelle und religiöse Minderheiten.

In Bezug auf Europa wurde bis vor kurzem die Grenze zwischen rechtsextremen und -populistischen Parteien hinsichtlich ihres „Ablehnungsgrades“ gezogen (siehe z. B. Taggart and Szczerbiak 2008; Hartleb 2012a; 2012b). Da rechtsextreme Parteien die europäische Einigung und die dabei zugrunde liegenden Werte und Institutionen wie Freiheit, Pluralismus, Demokratie und Parlamentarismus sowie die EU-Institutionen komplett ablehnten, galten sie als „harte“ Europagegner. Rechtspopulistische Parteien hingegen galten als „weiche“ Europagegner. Sie spielten zwar immer wieder virtuos mit den sich bietenden Spielräumen der Demokratie, reizten Grenzen aus, stellten die der europäischen Einigung zugrundeliegenden Werte nicht prinzipiell in Frage und sie kritisierten das „Wie“, aber nicht grundsätzlich das „Ob“ der europäischen Integration.

Diese alte Unterscheidung ist mittlerweile überholt. Etliche der einst „weichen“ Europaskeptiker haben sich zu knallharten Europafeinden entwickelt. Die eingangs erwähnte Äußerung Marine Le Pens („Ich interessiere mich für Europa, da ich es mit all meinen Kräften bekämpfe“) ist dafür ein Beispiel. Aber auch andere Rechtspopulisten wie Nigel Farage, Heinz-Christian Strache oder Roberto Maroni von der *Lega Nord* fordern ganz offen den Austritt ihrer Länder aus der EU, in der Regel über den sehr volksnah erscheinenden Weg eines Referendums. Spätestens seit den massiven Finanztransfers wurde die Rebellion gegen Europa und dessen immensen Kosten zur Standardformel aller rechtspopulistischen Parteien.

In seiner viel diskutierten Definition bezeichnete Cas Mudde Populismus als eine Ideologie, die auf der Abgrenzung zwischen „uns“, den „ehrlichen, kleinen Leuten“, und „denen da oben“ gründet (Mudde 2004: 542). Im Unterschied zu Mudde und anderen (z. B. Decker 2004: 31; Bauer 2010: 7) definieren wir Rechtspopulismus jedoch lediglich als eine ausschließende und diskriminierende Mobilisierungsstrategie, die allein dazu dient, Vorurteile oder Sorgen der Menschen zu schüren, diese Vorurteile oder Sorgen regelrecht anzustacheln, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen und Stimmen zu gewinnen (für einen anderen Ansatz siehe beispielsweise Backes und Jesse 1998: 24). Auch wenn Mudde und andere Wissenschaftler Rechtspopulismus als eine „dünne Ideologie“ betrachten, sind wir der Meinung, dass er einfach zu flexibel und zu wenig zukunftsorientiert ist, um als Ideologie betrachtet zu werden.

Rechtspopulisten sind „Nein-Sager“ (Betz 2001: 398). Sie sind gegen (weitere) Einwanderung, gegen Pluralismus, gegen kulturelle Vielfalt moderner Gesellschaften und gegen die europäische Integration. Mit Schlagworten wie „Rente oder Einwanderung? Ihr habt die Wahl!“ oder „Dahoam statt Islam“ bieten sie einfache und mobilisierende „Lösungen“ für komplexe Probleme. Wenn sie mit politischer Verantwortung betraut werden, wie beispielsweise in Österreich zwischen 2000 und 2002, scheitern die Rechtspopulisten angesichts der Komplexität des politischen Geschäfts. Dennoch sollten die demokratischen Parteien die Rechtspopulisten nicht unterschätzen. Sie sind ein Indikator für soziale und politische Fehlentwicklungen, die den Nährboden für Extremisten und Populisten bilden. Und spätestens seit Populisten von links und rechts mit einigem Erfolg auch in der traditionellen linken oder konservativen Wählerschaft wildern, sollten sie als ernstzunehmende politische Opponenten eingestuft werden. Bevor wir die Gründe für das Entstehen und den Erfolg von rechtspopulistischen Parteien diskutieren, fassen wir in der folgenden Tabelle die Hauptmerkmale der Rechtspopulisten zusammen.

Tabelle 2: Merkmale rechtspopulistischer Parteien

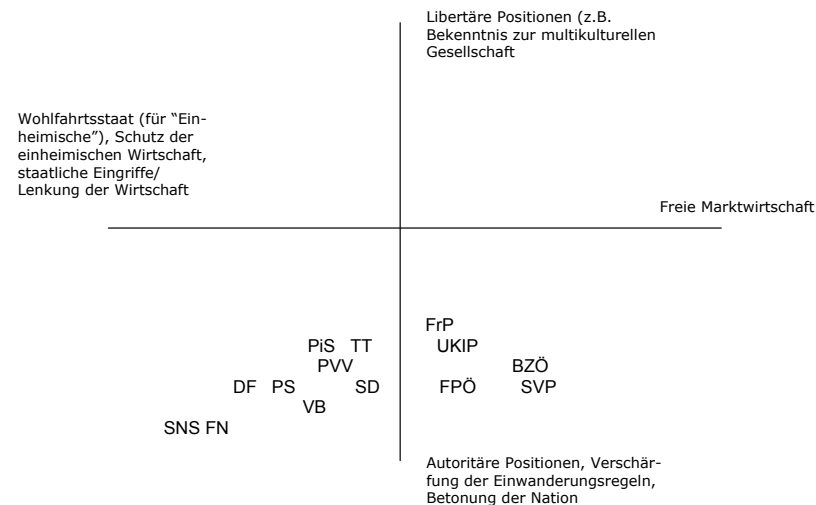
Feindbilder	(i) (muslimische) Einwanderer, Asylsuchende, ethnische/religiöse Minderheiten (ii) politische, wirtschaftliche und kulturelle Eliten (iii) EU-Verfahren, Strukturen und Bürokraten
„Abhilfe“	(i) Einwanderungsstopp, striktere Anwendung der Einwanderungsgesetze und Maßnahmen des Wohlfahrtsstaats, Ausweisung von kriminellen oder nicht integrationswilligen Einwanderern (ii) Aufbrechen des „Elitenkartells“ (iii) Ende weiterer EU-Integration und weiterer Finanztransfers
Politische Grundeinstellung	Ausländerfeindlichkeit, Einwanderungsgegner, Establishment-Gegner, Eliten-Gegner
Kommunikationsstil, Kampagnen	alarmierend, lautstark, ausschließend, stark vereinfachend, tabubrechend, absichtlich irreführend und missverständlich, subtil, opportunistisch, konfrontativ „Wir gegen die“, Negativkampagnen
Innerparteiliche Organisationsform	Geführt von und zugeschnitten auf eine/r Identifikations- und Führungsfigur, den politischen Unternehmer, Entscheidungsfindung von oben nach unten

Schwieriger als die Beschreibung des politisch-kulturellen Profils der rechtspopulistischen Parteien als vorrangig Anti-Einwanderungs-, Anti-Establishment- und zunehmend auch Anti-Euro- und Anti-Europapartei ist es, ihre wirtschaftspolitischen Positionen zu umreißen. Hier sind die gängigen Verfahren zur Verortung von Parteien in Links-Rechts-Dimensionen kaum anwendbar, vor allem nicht in den ost- und mittelosteuropäischen Transformationsländern. Dort richtet sich der rechte Populismus einerseits gegen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten und deren angebliches Versagen und andererseits gegen die voranschreitende europäische Integration, die als Fremdbestimmung und Eingreifen in die mühevoll errungene nationale Souveränität oder gar als deren Bedrohung angesehen wird.

Einige der heutigen zum rechten Rand gehörenden Parteien waren früher dem liberalen Lager zuzurechnen, die die Interessen von Unternehmern, Handwerkern und Selbstständigen, insbesondere der Bauern, vertraten. Heute stehen sie als rechtspopulistische Parteien für eine farbenfrohe

Mischung von sozio-ökonomischen Forderungen. Diese reichen von weiterhin liberalen Positionen in der Steuerpolitik, so etwa die Forderung nach Steuererleichterungen für die hart arbeitenden „einfachen“ Leute, über sogenannten Wohlstandschauvinismus, der sozialstaatliche Leistungen ausschließlich für die hart arbeitenden „einheimischen“ Bürger vorsieht bis hin zu Forderungen nach Schutz einheimischer Güter, Produzenten und Arbeitsplätze vor internationaler Konkurrenz. Zu diesem Protektionismus gesellt sich immer wieder eine gehörige Portion Nationalismus wie z. B. die Forderung nach Verstaatlichungen von Banken oder Schlüsselindustrien oder die nach der Abschaffung von Finanzhilfen für in die Krise geratene EU- und Europartner. Nicht selten kopieren rechte Populisten einige der Positionen, die eigentlich zum festen Repertoire der politischen Linken gehören: Globalisierungskritik, Kapitalismuskritik, Anti-Amerikanismus oder Israelkritik². Auf anderen Politikfeldern wie der Umwelt-, Energie- oder der Außenpolitik oder der Entwicklungszusammenarbeit sind sie entweder indifferent oder haben gar keine eigenen Standpunkte (Chryssogelos 2011).

Abbildung 1: Rechtspopulisten im politischen Raum



Darstellung nach Grabow und Hartleb (2013b: 22) sowie Lynch, Whitaker und Loomes (2012: 740-744).

Trotz dieser etwas unklaren Positionierungen haben wir in der Studie versucht, die rechtspopulistischen Parteien ihrer Länder so genau wie möglich im politischen Raum zu verorten (siehe Abbildung 1). Dass alle rechts- und nationalpopulistischen Parteien unterhalb der horizontalen Achse liegen, ist nicht weiter überraschend. Wie bereits ausgeführt, sind ihnen liberale Werte und der Einsatz für eine offene und multikulturelle Gesellschaft fremd. Obwohl sich die Parteien anders als in ihren wirtschaftlichen Positionen hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Überzeugungen sehr ähnlich sind, gibt es auch hier Variationen. Nach Einschätzung unserer Autoren ist die in gesellschaftspolitischen Belangen „liberalste“ rechtspopulistische Partei die norwegische Fortschrittspartei, während der französische FN und die slowakische Nationalpartei (SNS) die autoritärsten unter den rechtspopulistischen Parteien sind.

Auf der wirtschaftspolitischen Achse hingegen sind die SVP, das BZÖ und die zugleich auch tief im linken Lager verwurzelte FPÖ die liberalsten Parteien unter den Rechtspopulisten. Bei den Populisten aus den Alpen zeigt sich noch recht deutlich das Erbe aus ihren Anfangszeiten als wirtschaftsnahe Parteien, die die Interessen von Selbstständigen, Bauern und Handwerkern vertraten, sich im Laufe der Zeit dann jedoch immer mehr radikalisierten (Scharenberg 2005: 572–573). Der FN und die SNS nehmen die am meisten protektionistischen und wohlfahrtschauvinistischen Positionen ein, während sich die anderen rechtspopulistischen Parteien irgendwo zwischen den Polen auf der wirtschaftspolitischen Achse bewegen.

2.2 ENTSTEHUNGSBEDINGUNGEN

Um die Entstehungsbedingungen für rechtspopulistische Parteien herauszufinden, gilt es, mindestens fünf verschiedene Ursachenbündel zu betrachten: erstens sozialen Wandel, zweitens das Verhalten der etablierten Parteien, vor allem in Einwanderungs- und EU-Fragen, drittens die spezifischen institutionellen Bedingungen in den jeweiligen Ländern, viertens den Grad an Aufmerksamkeit der demokratischen Kräfte hinsichtlich radikaler Propaganda, hier vor allem die Rolle der Medien und letztlich persönliche Faktoren wie die Existenz oder Nicht-Existenz charismatischer und skrupelloser Politiker³. Diese Faktoren müssen auf günstige Weise zusammenfallen, damit rechtspopulistische Parteien entstehen und wachsen können (siehe z. B. Minkenberg 1998: 50 ff.; Mudde 2007: 231).

2.2.1 Wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Wandel

Die meisten Wissenschaftler sehen populistische Parteien als Ausdruck von Unzufriedenheit und Protest von „Opfern“ oder „Verlierern“ des wirtschaftlichen Fortschritts und des sozialen Wandels (z. B. Decker 2004: 25). Bei solchen Opfern handelt es sich vornehmlich um Menschen, die im Prozess des wirtschaftlichen Wandels und im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen zurückgelassenen oder einfach ersetzt worden sind oder diejenigen, die sich mit billigerer Konkurrenz messen mussten, beispielsweise mit einem ungelerten Immigranten, der die gleiche Arbeit für einen Bruchteil der Kosten erledigt. Potentielle Wähler von Protestparteien müssen allerdings nicht zwangsläufig auch persönlich betroffen sein, um sich vom wirtschaftlichen Fortschritt, sozialen Wandel oder beidem bedroht zu fühlen. Ausreichend ist in der Regel bereits eine befürchtete Verschlechterung der Lebensverhältnisse, des Einkommens und des sozialen Status.

Kernunterstützung für rechtspopulistische Parteien kommt laut Wahlforschung von Wählern, die über ein Gefühl der Unsicherheit berichten: „[L]arge groups of the population have become insecure about various aspects of their life: identity, job, life as a whole. They seek salvation in the ‘simple messages’ of the populist radical right, which promises a clear identity and protection against the changing world“ (Mudde 2007: 223).

Wählerstudien haben zudem gezeigt, dass auf aggregierter Ebene die Stammwählerschaft rechtspopulistischer Parteien vor allem aus arbeitslosen und/oder gering gebildeten und qualifizierten männlichen Arbeitern unter 40 und Vertretern der unteren Mittelschicht besteht. Auch wenn diese Studien (z. B. Mayer 1998: 19; Riedlsperger 1998: 35; Svåsand 1998: 85-86) individuelles Wählerverhalten nicht erklären können, zeigen sie, dass diese Gruppen besonders leicht mit Einwanderungsvorbehalten zu mobilisieren sind – vor allem mit Themen wie Vorstadtkriminalität, kultureller „Überfremdung“ und Arbeitsplatzkonkurrenz, aber auch mit dem vermeintlichen Versagen der etablierten Parteien. Obwohl bei den genannten sozialen Milieus rechtspopulistisches Gedankengut auf fruchtbaren Boden fällt, ist es entscheidend, dass die Sorgen und latenten Vorurteile von cleveren und mitreißenden Politikern entfacht werden (siehe unten). Ohne diese bliebe es sehr wahrscheinlich nur bei einem stummen Unbehagen.

2.2.2 Das strategische Verhalten der etablierten demokratischen Parteien

Es gibt Autoren, die Christdemokraten oder Konservative allein für den Erfolg der Rechtspopulisten verantwortlich machen wollen (z. B. Schäfer 2010: 3). Das etwas schlichte Argument lautet hier, dass Christdemokraten oder Konservative die rechten Populisten durch Annäherung, Tolerierung oder sogar durch Koalitionsbildung gestärkt und so zu ihrer politischen Akzeptanz beigetragen hätten. Obwohl dies für gewisse Ländern und kurze Zeiträume zutrifft, denken wir an Österreich zwischen 2000 und 2002 oder die Niederlande von 2010 bis 2012, greift dieses Argument zu kurz. In vielen Ländern sind rechtspopulistische Parteien nämlich sehr erfolgreich in Bereiche des Wählermarktes eingedrungen, die vormals sozialdemokratisch waren. Als sich die europäischen Sozialdemokraten ab Mitte der 1990er Jahre bei der Suche nach neuen Wählern auf ihre „Dritten Wege“ machten, ließen sie große Wählergruppen politisch heimatlos zurück. In das entstandene Vakuum sind dann die rechten Populisten mit ihren Forderungen nach Schutz für die heimischen Arbeitskräfte, Märkte und Produkte und ihrer Kritik am Versagen der etablierten Arbeiterparteien eingezogen. Einige der traditionsreichsten sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas sind ganz einfach von den Rechtspopulisten links überholt und als Arbeiterparteien abgelöst worden. So sind in Dänemark, Finnland und besonders in Schweden die Sozialdemokraten von den Erfolgen rechtspopulistischer Parteien viel schwerer geschädigt worden als konservative oder christlich-demokratische Parteien (Grabow und Hartleb 2013b: 26-27). In Norwegen ging der Erfolg der Fortschrittspartei eher zu Lasten der liberal-konservativen Partei (Høyre). In Belgien und den Niederlanden verloren Sozial- und Christdemokraten in etwa gleichem Maße Stimmanteile an die Rechtspopulisten. Dies gilt auch für Österreich, wo sich die Rechtspopulisten mittlerweile wieder erholt haben. Nur in der Schweiz gingen die Stimmengewinne der rechtspopulistischen SVP mehr zulasten der Christdemokratischen Volkspartei als zu Lasten des linken Lagers (Kriesi 2005; Lachat und Selb 2005).

Dennoch kann man keineswegs behaupten, dass ein demokratisches Lager mehr als das andere unter den Erfolgen der Rechtspopulisten gelitten hätte oder allein für ihren Vormarsch verantwortlich sei. Die rechtspopulistischen Parteien haben auch nicht ihre Wählerschaft komplett vom früher eher marktbeurwortenden Kleinbürgertum gegen die

„vergessene“ Arbeiterklasse getauscht – obwohl sie in einigen Ländern – z. B. in Frankreich und Österreich – zu den jeweils größten Arbeiterparteien geworden sind. Es ist den Rechtspopulisten schlichtweg gelungen, Wähler aus allen sozialen Schichten zu gewinnen. Sie sind inzwischen stabil in Wählermilieus sowohl des rechten als auch des linken Spektrums verankert, wo sich Wähler entweder durch weitere Einwanderung bedroht fühlen oder sie dem Handeln des politischen Establishments zu Hause und auf europäischer Ebene überdrüssig sind.

Ebenso wenig, wie sich sagen lässt, dass ein Lager für den Aufstieg der Rechtspopulisten nun mehr Verantwortung trägt als ein anderes, gibt es auch keine Verbindung zwischen diesem Aufstieg und der Frage, welche Parteienfamilie während dieser Zeit in einem Land gerade dominierte (Decker 2004: 251-255). Rechte Parteien sind unabhängig davon gewachsen, ob Sozialdemokraten, Christdemokraten oder Konservative lange regierten. Wichtig war, dass die anderen Erfolgsbedingungen eintraten.

Unter Beobachtern herrscht zudem weitgehend Übereinstimmung, dass der beständige Aufstieg der Rechtspopulisten als Ergebnis der schwindenden sozialen Verankerung der etablierten Parteien gewertet werden kann, die über die Zeit ihre politische und soziale Integrationskraft verloren haben (Decker 2004: 28; siehe auch Katz 1990). Weil die etablierten Parteien immer weniger Unterstützer dauerhaft fest an sich binden können, finden neue Parteien gute Bedingungen vor, um nunmehr entwurzelte Wähler für ihre Belange zu gewinnen.

Zusätzlich zu der schwächer werdenden Bindung zwischen den etablierten Parteien und ihren früheren Stammwählern hat auch das konkrete politische Handeln der etablierten Parteien Einfluss auf den Erfolg der populistischen Parteien. Zwei Politikfelder sind dabei besonders relevant: erstens die Einwanderungsregulierung und zweitens die europäische Integration.

Einwanderungsregulierung

Obwohl nur auf zwei Fallstudien, Deutschland und Frankreich, basierend, argumentiert Simon Bornschieer (2011), dass das Ausmaß der Kooperation zwischen den etablierten linken und den Parteien der Mitte bei der Regulation der nationalen Einwanderung eine entscheidende Rolle hin-

sichtlich der Eindämmung oder des Förderns von Rechtspopulisten spielt. Er hält das Verhalten der Linken, oder genauer der jeweiligen Sozialisten oder Sozialdemokraten für entscheidend. Während die französischen Sozialisten eine offene Einwanderungsstrategie verfolgen, die Multikulturalismus ausdrücklich als Politikziel erklärte, verfolgte die SPD in der Einwanderungspolitik einen restriktiveren Ansatz (Bornschieer 2011: 18). Während die französischen Sozialisten über Jahrzehnte hinweg die Unterstützung ihrer Kernwählerschaft aufgrund einer zu laxen Positionen in der Einwanderungsfrage an den *Front National* oder ins politische Nirwana verloren haben, litt die SPD aufgrund einer weniger offenen Haltung in der Einwanderungsfrage nicht an einem derartigen Verlust, so Bornschieer.

Zu einem ähnlichen Befund kommt Frank Decker, allerdings für einen anderen Zeitraum und mit einem anderen Hauptakteur, nämlich der Union (2004: 257-258). Während die rot-grüne Koalition 1999 ein liberaleres Einbürgerungsrecht mit vereinfachten Konditionen für eine zweite Staatsbürgerschaft vorbereitete, starteten die Christdemokraten eine erfolgreiche Gegenkampagne. Dadurch sicherte sich die Union die Unterstützung der Gegner der neuen Staatsbürgerschaftsregelung und verhinderte ein Ausfransen an ihrem rechten Rand. Anders gesagt: In Deutschland beruht die Regulierung von Einwanderung und Staatsbürgerschaft entweder auf einem Konsens zwischen den beiden größten Lagern oder sie wurde so restriktiv gehandhabt, dass das Entstehen einer Anti-Immigrationspartei verhindert wurde. Über die Jahre wurden die Beschränkungen strikter, und die Einwanderung ging zurück. Als Ergebnis dieser verschärften und verzögernden Taktik entwickelte sich Einwanderung nie zu einem Thema, das potentielle Rechtspopulisten für sich nutzen konnten. Es entstand keine rechtspopulistische Partei, zumindest keine, die auf Bundesebene relevant wäre.

In Frankreich dagegen verhielten sich die Sozialisten für einen Großteil ihrer Wähler in Einwanderungsfragen zu großzügig, weswegen sich viele Wähler dem FN zuwandten, während es das konservative Lager bis 2012 schaffte, sich die Unterstützung der weniger einwanderungsfreundlichen Wähler zu sichern (Mayer 1998: 18-20; Bornschieer 2011: 18-21).

Wenn wir diese Argumentation nun auf mehr als zwei Länder erweitern, kann jedoch weder die Einwanderungsregulierung noch die Parteikonstellation den Erfolg oder das Scheitern populistischer Parteien zufriedenstellend erklären. Während in Dänemark, den Niederlanden (zumindest in

Jan-Peter Balkenendes ersten Regierungsjahren), Finnland und besonders in Frankreich die Einwanderung unter liberal-konservativen, christlich-demokratischen oder konservativen Regierungen zunahm, ging sie in Österreich und Norwegen auch dann noch weiter zurück, als wieder Sozialdemokraten die Regierung übernahmen. Trotzdem hatte dies keine negativen Konsequenzen auf die Anti-Immigrationspolitik der populistischen Parteien, die z. B. in Österreich zur drittgrößten oder in Norwegen gar zur zweitgrößten Partei aufstiegen.

Betrachtet man also dieses nicht ganz klare Bild aus einer anderen Perspektive als Bornschieer, stellt man Folgendes fest: Sobald Einwanderung ein Thema in öffentlichen Diskussionen wird und den entsprechendem Widerhall in den Medien findet, wird das Thema von Populisten ausgeschlachtet oder gar befeuert, um von dem wachsenden Unbehagen verschiedener Wählerschichten zu profitieren, völlig unabhängig davon, welche der etablierten Parteien die Regierung stellt und für die Einwanderungspolitik verantwortlich zeichnet. Dieses Argument besteht auch unabhängig von den absoluten Zahlen der Einwanderer und langfristigen Einwanderungsraten.⁴ Die (Wahren) Finnen beispielsweise wurden im letzten Jahrzehnt stärker, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Einwanderung zurückging. Dasselbe trifft auf die niederländische Partei für die Freiheit (PVV) und die FPÖ zu, obwohl dort die Einwanderung wiederum größer war als in Finnland. Nichtsdestotrotz haben sowohl in den Niederlanden als auch in Österreich die Anti-Einwanderungsparteien kontinuierlich Stimmenanteile hinzu gewonnen, und das, obwohl Einwanderung als auch ihre Sichtbarkeit in den letzten Jahren leicht gefallen sind. Trotz dieser Abnahme bleibt Immigration ein Thema in der öffentlichen Debatte. Sie wird als „kulturelle Überfremdung“ thematisiert oder als Bild vom „faulen Einwanderer“, der nur von den Leistungen des Wohlfahrtsstaates profitieren möchte und ansonsten in einer Parallelgesellschaft nach eigenen Regeln und Gepflogenheiten lebt. Diese Art der Mobilisierung war und ist anscheinend immer noch wirksam, um sich der Unterstützung von Einwanderungsgegnern zu versichern, auch wenn Einwanderung und die damit verbundenen Probleme weniger prägnant wurden oder aber – wie in Mittelosteuropa – eher virtueller Natur waren.

Europäische Integration

Auf keinem anderen Politikfeld wird die vertikale Dimension von Rechtspopulismus, also die Abgrenzung zwischen „uns“ normalen und rechtschaffenen Bürgern und „denen“, den fernen Politbürokraten, so sichtbar wie bei den Fragen zu Europa, seinen Institutionen und Verfahren. Auf diesem Feld argumentieren die Populisten in zwei Richtungen: Zum einen behaupten sie gern, die europäische Integration sei nichts anderes als der Ausverkauf nationaler Souveränität an die überbordende und alle Lebensbereiche regulierende EU-Bürokratie. Diese Argumentation finden wir vorherrschend in den mittelosteuropäischen Transformationsstaaten, die nach Jahrzehnten als Satellitenstaat der Sowjetunion hart um die nationale Souveränität gerungen haben. Zum anderen wird gegen die EU mit dem Argument zu Felde gezogen, sie sei ein kostspieliges, entrücktes und bürokratisches Elitenprojekt, das riesige Geldbeträge für sich selbst beansprucht, ohne aber für die wahren Bedürfnisse der Netto-Beitragszahler, also des Volkes zu sorgen. „Keinen Cent mehr für Rettungspakete auf unsere Kosten“ war eine der Formulierungen von Timo Soinis (Wahren) Finnen in der Wahlkampagne im Frühjahr 2011 (Raunio 2012: 14-17). Die Kampagne des *Front National* in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012 war ähnlich. Marine Le Pen wiederholte gebetsmühlenartig ihre und ihres Vaters Forderung nach einem Ausstieg Frankreichs aus der Eurozone. Dabei handelt es sich nicht um vereinzelte Beispiele.

Obwohl Euroskeptizismus Markenzeichen aller populistischen Parteien ist (Hartleb 2004: 132-138; Hartleb 2011), haben sie ihre Kritik und Polemik gegen Europa in den letzten Jahren nicht nur in Skandinavien und Frankreich noch verschärft. Anders als die rein extremistischen Kräfte („harte“ Europegegner) sind die Populisten nicht völlig gegen das europäische Projekt („sanfte“ Euroskeptiker; s. Taggart und Szczerbiak 2008), aber gegen die EU als politisches System. Für sie ist die Union zu zentralisiert und zu bürokratisch und sie würde die nationale Souveränität nicht genügend achten. Mittlerweile sind aber auch die einst sanften Europaskeptiker zu harten Europakritikern geworden (s.o.). Nicht nur Geert Wilders hat seinen Fokus vom Islam hin zur EU verlagert. Harsche EU-Kritik gehört heute zum festen Repertoire aller Rechtspopulisten.

Glaubwürdigkeits- und Legitimationsprobleme der Europäischen Institutionen und der EU machen sie anfällig für Polemik und Hass. Von den Populisten wird die Union als „ineffizientes Paradies für Bürokraten“ oder „gemütliches Elitenkartell“, in dem alle nur danach strebten, „elitäre Vereinbarungen“ auf Kosten der heimischen Wirtschaft und der hart arbeitenden Bevölkerung zu treffen, bezeichnet (Raunio 2012: 9, 13, 16). Diese Art von Polemik scheint bei immer mehr Wählern in den Nettozahlerländern auf Beliebtheit zu stoßen – besonders in Zeiten einer durch massive Finanztransfers erschütterten Eurozone. Solange dieses Image besteht und die EU von einer wachsenden Anzahl von Wählern als fernes Elitenkartell wahrgenommen wird, ist es wahrscheinlich, dass die Stärke der Rechts- und Nationalpopulisten anhält.

2.2.3 Der institutionelle Kontext

Der dritte Faktor, der über Erfolg oder Misserfolg rechtspopulistischer Parteien entscheidet, ist der institutionelle Kontext, in dem die Parteien agieren (s. auch Mudde 2007: 233-237). Institutionen sind zwar selten Ursache für etwas, aber sie können sehr wohl ein Problem verstärken oder abschwächen (North 1990). In der Mehrheit der europäischen Länder wird das Verhältniswahlssystem angewendet. Ausnahmen sind Frankreich und Großbritannien, die nach dem Mehrheitswahlssystem wählen. Unter den Bedingungen des Verhältniswahlsystems haben es kleinere populistische oder andere Protestparteien generell leichter, in ein Parlament einzuziehen. Aufgrund des zweistufigen Einpersonen-Mehrheitssystems in Frankreich verfehlte der *Front National* in den letzten zwanzig Jahren trotz eines Stimmenanteils von rund 15 Prozent regelmäßig den Einzug ins Parlament. Im Juni 2012 allerdings erreichte die Partei mit einem ähnlichen Ergebnis, aber zwei gewonnenen Wahlkreisen, den Einzug in die Nationalversammlung und festigte somit ihre Position als drittstärkste politische Kraft in Frankreich. Auch der UKIP blieb allein aufgrund des Mehrheitswahlsystems der Einzug ins Unterhaus verwehrt. Wie eingangs erwähnt, wurde die Partei jedoch bei den letzten Europawahlen mit 17 Prozent zweitstärkste Kraft im Vereinigten Königreich und erreichte 2013 bei den Kommunalwahlen in England und Wales beachtliche Erfolge (s.o.).

Auch wenn das Wahlsystem die Populisten in Frankreich und Großbritannien bislang benachteiligt hat, handelt es sich um einen technischen Effekt. Die Gründe, die zur Wahl der Rechtspopulisten führen, ändern sie

nicht. Solange aber die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen bestehen, die den FN oder UKIP haben entstehen lassen, bleiben beide Bestandteile ihres jeweiligen Parteiensystems.

In den Ländern mit einem Verhältniswahlssystem gibt es unterschiedlich hohe Hürden für den Einzug in ein Parlament. In der Schweiz gibt es auf Bundesebene gar keine Sperrklausel, in den Niederlanden liegt sie bei 0,67 Prozent, in Dänemark bei zwei Prozent, in Österreich und Norwegen sind es vier Prozent und in Deutschland fünf Prozent. In Bezug auf die Sperrklausel gilt ganz einfach, dass, je niedriger sie ist, desto günstiger ist es für kleinere und/oder neue Protestparteien, Parlamentsitze zu erzielen. Dass aber auch eine Fünf-Prozent-Hürde nicht ausreicht, um Protestparteien komplett aus dem Parlament herauszuhalten, wird mit Blick auf die Slowakei und Belgien, wo die Fünf-Prozent-Hürde nur auf Wahlkreisebene gilt, deutlich. Sperrklauseln können also unter gewissen Umständen den Einzug von Populisten (oder Extremisten oder anderer Formen von Protest) verlangsamen oder auch über eine bestimmte Zeit verhindern. Aber das ist eine rein technische Frage, keine der zugrunde liegenden Einstellungen der Wähler. Dennoch kann mit Verweis auf die Sperrklauseln zumindest teilweise erklärt werden, warum es in manchen Ländern rechtspopulistische Parteien gibt und in anderen nicht.

2.2.4 Öffentlichkeit

Neue Parteien benötigen Aufmerksamkeit und Berichterstattung der Medien, um ihre Botschaften zu verbreiten. Wie weiter vorn bereits ausgeführt, ist der Kommunikationsstil der Rechtspopulisten zumeist laut, alarmierend, ausländerfeindlich und immer hart an der Grenze zum Tabubruch. Doch die rechtspopulistischen Parteien finden nicht in jedem Land passende Sprachrohre in den Massenmedien. Der Grad an Aufmerksamkeit der etablierten demokratischen Kräfte hinsichtlich radikaler politischer Positionen und Propaganda, vor allem der der Medien, die eine wichtige demokratische Kontrollfunktion ausüben, variiert von Land zu Land.

Obwohl Mudde (2007: 248) und andere betonen, dass eine ursächliche Beziehung zwischen dem Erfolg von rechten Populisten und sowohl freundlicher als auch feindlicher Berichterstattung der Medien empirisch nicht eindeutig gesichert ist, herrscht zumindest dahingehend Überein-

stimmung, dass die öffentliche Sphäre in einigen Ländern ausländerfeindlichen Protestparteien förderlicher ist als in anderen. So ist die Medienlandschaft in Deutschland für rechtspopulistische Parteien und alle, die nur den Anschein erwecken, rechtslastige Positionen zu vertreten, ein schwieriges Terrain. In Skandinavien, Belgien oder den Niederlanden ist das anders. In diesen Ländern tendierten die Medien eher dazu, Rechtspopulismus entweder einfach „totzuschweigen“ (ebd.: 252) oder aber die gängigen Parolen der Rechten wiederzugeben. Die für rechte Populisten günstigste Medienlandschaften gibt es in der Schweiz, in Italien und in Österreich, was den Aufstieg Jörg Haiders und seiner FPÖ überhaupt erst ermöglichte (Decker 2004: 261-263). Dort kam es zu einer regelrechten Symbiose zwischen Haider und den Medien (Mudde 2007: 249). Je mehr die Leitmedien versuchten, Haider niederzuschreiben, desto mehr stieg seine Popularität beim „einfachen Volk“. Das Boulevardblatt *Kronenzeitung* verbreitete permanent seine ausländerfeindlichen Botschaften, so dass die FPÖ die Themen Einwanderung, Politikmüdigkeit und zunehmend auch Euroskeptizismus monopolisieren konnte (Decker 2004: 261-622; Mudde 2007: 250). Österreichs Öffentlichkeit gibt sich, ähnlich wie die Italiens, wesentlich unvorbelasteter wenn es etwa um die „Schatten der Vergangenheit“ oder historische Schuld geht, als die Gesellschaft in Deutschland (Decker ebd.). In Deutschland ist sogar die Boulevardpresse extrem zögerlich, ausländerfeindliche Positionen auch nur wiederzugeben, während die Vorbehalte der anderen Medien, unliebsame Probleme aus dem Themenbereich „Einwanderung und Integration“ an- und auszusprechen, gelegentlich an Hysterie grenzen. Unter den Bedingungen einer nahezu kompletten Stigmatisierung seitens der Medien und der Öffentlichkeit haben es Rechtspopulisten in Deutschland wesentlich schwerer als in den Nachbarländern, was Teil der Erklärung dafür ist, warum es in der Bundesrepublik keine relevante rechtspopulistische Partei gibt.

2.2.5 Politische Unternehmer

Hohe soziale Kosten politischer Aktivität und die Gefahr der sozialen Stigmatisierung können auch als Erklärung für die Existenz oder Nicht-Existenz von charismatischen und skrupellosen politischen Unternehmern, unserem letzten Kriterium für den Erfolg von rechtspopulistischen Parteien, dienen. Sind die sozialen Kosten höher, sind unter Umständen weniger Politiker bereit, gegen die öffentliche Meinung und den politischen Mainstream zu handeln und umgekehrt. Charismatische Führungs-

persönlichkeiten sind jedoch von entscheidender Wichtigkeit für den Erfolg einer populistischen Partei (Minkenberg 1998: 57). Personen wie Jörg Haider, Heinz-Christian Strache, Jean-Marie Le Pen oder seine Tochter Marine, Pim Fortuyn, Geert Wilders, Christoph Blocher, bis zu einem gewissen Grad auch Timo Soini, oder die osteuropäischen Parteiführer wie die Kaczyński-Zwillinge in Polen, Ján Slota und Rolandas Paksas, sind Ausnahmeerscheinungen und können auch nicht einfach kopiert werden. Deshalb lässt sich die Frage, warum es in manchen Ländern rechtspopulistische Parteien gibt und in anderen nicht zu einem Großteil mit der Existenz einer charismatischen Führungsfigur, der Stimmungen aufnimmt oder schürt und der Menschen in seinen Bann ziehen und mobilisieren kann, erklären. Aber anders als die bisher betrachteten Bedingungen für den Erfolg von rechtspopulistischen Parteien, entzieht sich dieser Faktor einer systematischen Erklärung. Ob es einen charismatischen und skrupellosen politischen Unternehmer gibt, der gegen Ausländer, Einwanderer, Asylbewerber, Moslems und deren Lebensweise oder das politische Establishment im eigenen Lande und zunehmend in Brüssel Stimmung macht, dem auch noch zugehört wird und der massenhaft Menschen hinter sich versammelt, ist zu einem erheblichen Teil schlicht Zufall. Nun ist Zufall alles andere als eine zufriedenstellende Antwort in der Wissenschaft, aber in Kombination mit den bisher diskutierten Gründen kann auch er recht gut erklären, warum es in einigen Ländern erfolgreiche rechtspopulistische Parteien gibt und in anderen nicht.

In der folgenden Tabelle fassen wir die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen rechts- und nationalpopulistischer Parteien in formalisierter Form zusammen. Deutlich wird dabei, dass in Österreich, der Schweiz und in Italien die besten Bedingungen für die Entstehung rechter Parteien existieren, gefolgt von den Niederlanden, Dänemark, Finnland und der Slowakei. Am schwierigsten haben es Rechtspopulisten in Deutschland, zum einen, weil Einwanderungsprobleme weniger dringlich sind als in den westlichen Nachbarländern. Dazu kommt die hohe Sensibilität für Rechtspopulismus unter den demokratischen Kräften, besonders in den Medien, die hauptsächlich aus historischen Gründen sehr aufmerksam gegenüber rechtslastigen Tönen sind. Schließlich fällt in Deutschland auch das Fehlen eines charismatischen politischen Unternehmers, der sich nicht scheut, Massen mit platter und xenophober Propaganda zu mobilisieren, ins Gewicht.

Tabelle 3: Entstehungs- und Erfolgsbedingungen rechtspopulistischer Parteien

Land	Kritische Masse an ungebundenen und enttäuschten Wählern ist vorhanden	Einwanderung und Europakritik sind bestimmendes Thema öffentlicher Debatten	Institutionelle Bedingungen/Wahlsystem und/oder Sperrklausel
Belgien	1	1	0,5
Dänemark	0,75	1	1
Finnland	0,75	1	1
Frankreich	1	1	0
Deutschland	0,75	0,5	0,5
Italien	1	0,75	0,75
Litauen	1	0,25	0,5
Niederlande	1	1	1
Norwegen	0,75	0,5	0,75
Österreich	1	1	0,75
Polen	1	0,5	0,5
Schweden	0,75	0,75	0,75
Schweiz	0,75	1	1
Slowakei	1	1	0,5

* bis 2006

Legende:

0 = Entstehungsgrund entfällt/Bedingung ist für die Entstehung einer rechtspopulistischen Partei äußerst ungünstig; 0,25 = Entstehungsgrund kaum vorhanden/Bedingung eher ungünstig; 0,5 = Grund/Bedingung weder günstig noch ungünstig; 0,75 = Entstehungsgrund vorhanden/Entstehungsbedingungen eher günstig; 1 = Entstehungsgrund voll und ganz gegeben/Bedingung für die Entstehung einer rechtspopulistischen Partei ist sehr günstig.

Öffentlichkeit/Medienverhalten	Existenz einer charismatischen Führungsfigur	Summe	Gibt es eine relevante rechtspopulistische Partei?
0,5	1	4	Ja
0,5	1	4,25	Ja
0,5	1	4,25	Ja
0,5	1	3,5	Ja
0	0	1,75	Nein
1	1	4,5	Ja
1	0,75	3,5	(Ja)
0,25	1	4,25	Ja
0,5	0,75	3,25	Ja
0,75	1	4,5	Ja
0,75	0,75*	3,5	(Ja)
0,5	0,75	3,5	Ja
0,75	1	4,5	Ja
0,75	1	4,25	Ja

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Grabow und Hartleb (2013). Polen und Litauen haben wir in Klammern gesetzt, weil der Populismus dort weniger fremdenfeindlich ist als in den anderen Ländern. Für Details siehe die entsprechenden Länderstudien (Wysocka 2013; Ramonaitė and Ratkevičiūtė 2013).

Grundsätzlich gelten die hier umrissenen Entstehungs- und Erfolgsbedingungen rechtspopulistischer Parteien in Europa immer noch. Einige Punkte haben im Laufe der letzten Jahre sogar an Gewicht gewonnen, sowohl hinsichtlich der ihnen entgegen gebrachten Aufmerksamkeit als auch hinsichtlich ihres Mobilisierungspotentials. Das gilt vor allem für die Europa- und Eurokritik der Rechtspopulisten. Neben Einwanderungs- und Ausländerfeindlichkeit haben sie Europakritik als gleichberechtigtes zweites Standbein etablieren können. Insbesondere die Finanzhilfen für die in Schieflage geratenen Volkswirtschaften im Süden Europas und die angeblich Lichtjahre von den Problemen der „kleinen Leute“ entfernten Entscheidungsverfahren in Brüssel und Straßburg entwickelten sich zu einem Schwerpunktthema der rechten Populisten. So lange aber dieses elitäre und distanzierte Image der EU besteht und solange es die Gefahr eines bösen und sehr teuren Erwachens gibt, dient dieses Europa den Rechtspopulisten immer wieder als Steilvorlage, um dagegen Stimmungen zu schüren. Dann wird sich auch der populistische Virus, obwohl nicht ganz neu, weiter und schneller ausbreiten.

- 1| *Obwohl in der Literatur unter Relevanz in der Regel die Vertretung in nationalen Parlamenten verstanden wird (Sartori 1976:122-123; Lijphart 1984:115-117, 1999: 65-67), beziehen wir in diese Darstellung auch die UKIP ein, da sie zum einen das zweite gängige Kriterium von Relevanz mehr und mehr erfüllt, nämlich die Politik der anderen Parteien zu beeinflussen („Blackmail“-Potential), und zum anderen immerhin mit 11 Abgeordneten im Europaparlament vertreten ist.*
- 2| *Eine Ausnahme bildet hier Geert Wilders, der stets seine Nähe zu Israel betont. Allerdings vermuten einige Kommentatoren, dass sich hinter dieser Solidarität die alte Idee verbirgt, wonach meines Feindes Feind mein Freund ist (Vossen 2011).*
- 3| *Abgesehen vom letzten Grund treffen diese Faktoren vor allem für Westeuropa zu. Für Zentral- und Osteuropa haben Wissenschaftler weitere Faktoren, die das Entstehen von populistischen Parteien begünstigen, identifiziert: z. B. schwächer werdende demokratische Strukturen; einen Legitimitätsverlust der traditionellen politischen Akteure wie Parteien; einen hohen Korruptionsgrad und Klientelpolitik sowie das Erbe des Kommunismus; zuletzt noch den Einfluss eines möglichen EU-Beitritts. Für Details siehe u. a. Hartleb (2013).*
- 4| *Den Beleg dafür, dass es kaum einen Zusammenhang zwischen Einwanderung, v.a. Einwandererzahlen, und der Existenz einwanderungsfeindlicher Parteien gibt, finden wir in Ostmitteleuropa. In Polen, der Slowakei oder Ungarn gibt es zwar fremdenfeindliche Parteien, aber kaum (muslimische) Einwanderer. In diesen Ländern haben sich die Rechtspopulisten andere Feindbilder geschaffen: ethnische Minderheiten, vor allem Roma, wie in der Slowakei und Ungarn, das „westliche Ausland“, „Jüdisches Kapital“ oder „Brüsseler Bonzen“ wie in Polen.*

3. ZUM UMGANG MIT RECHTS- UND NATIONALPOPULISTEN

Wie eingangs erwähnt, hatte der Erfolg der Rechtspopulisten negative Auswirkungen sowohl für konservative als auch für christdemokratische Parteien. Sie waren zwar nicht alle im selben Maße betroffen, weil auch andere Parteien Verluste erlitten. Dennoch traf der Vormarsch der Rechtspopulisten einige konservative und christdemokratische Parteien hart, z. B. die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die flämischen (CD&V) und die niederländischen Christdemokraten (CDA), die französischen (UMP) und die norwegischen Konservativen (Høyre) sowie die Christlichdemokratische Volkspartei in der Schweiz (CVP). In Dänemark und Schweden waren hingegen eher die Sozialdemokraten vom Erfolg der Rechtspopulisten betroffen als die konservativen Parteien.

In diesem Abschnitt diskutieren wir nun Strategien, mit denen die etablierten Volksparteien, vor allem die der EVP-Parteienfamilie, auf die Rechtspopulisten reagieren können. Dies wird zum Teil rückblickend geschehen, indem wir auf tatsächlich gewählte Reaktionsstrategien blicken. Darüber hinaus beleuchten wir auch die Strategien, mit denen ein weiteres Erstarken der Rechtspopulisten in Zukunft verhindert werden könnte.

Konservative und christdemokratische Parteien haben grundsätzlich vier Möglichkeiten, auf Rechtspopulisten zu reagieren¹. Die erste Möglichkeit besteht in kompletter Abgren-

zung. Diese Strategie wird in der Regel *cordon sanitaire* (Isolation) genannt. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, zumindest einige der Forderungen der Rechtspopulisten zu übernehmen, um abgewanderte Wähler zurückzugewinnen und ein weiteres Erstarken der Rechtspopulisten zu verhindern. Die dritte Option besteht darin, sich von den Rechtspopulisten tolerieren zu lassen. Schließlich besteht die Möglichkeit, mit den Rechtspopulisten formale Regierungskoalition einzugehen. Bisher waren in Europa alle vier Strategien zu beobachten (s. Tabelle 4).

Tabelle 4: Reaktionen christlich-demokratischer und konservativer Parteien auf rechts- und nationalpopulistische Parteien

Komplette Abgrenzung	Teilweise Annäherung/ vereinzelt Themenübernahme	Tolerierung durch populistische Parteien	Koalition
CVP, Schweiz PO, Polen KF, Dänemark (seit 2011) M, Schweden TS-LKD, Litauen KOK,* Finnland → SDKÚ-DS, Slowakei	UMP** Frankreich CONS*, Vereinigtes Königreich	CDA, Niederlande (2010–12) KF, Dänemark (bis Herbst 2011) CD&V***, Belgien (2007-08) →	ÖVP, Österreich (2000-02) Høyre,** Norwegen (seit 2013)

Legende:

CVP = Christlichdemokratische Volkspartei, PO = Platforma Obywatelska (Bürgerplattform), KF = Konservative Folkeparti (Konservative Volkspartei), M = Moderata Samlingspartiet (Moderate Sammlungspartei), TS-LKD = Tėvynės Sąjunga-Lietuvos Krikščionys Demokratai (Vaterlandsunion-Litauische Christdemokraten), KOK = Kansallinen Kokoomus (Nationale Koalitionspartei), SDKÚ-DS = Slovenská Demokratická a Kresťanská Únia (Slowakische Christliche und Demokratische Union), Høyre (Rechts) = Konservative Partei, UMP = Union pour un Mouvement Populaire (Union für eine Volksbewegung), CONS = Konservative, CDA = Christen Democratisch Appèl (Christlich-demokratischer Aufruf), CD&V = Christen Democratisch & Vlaams (Christlich-demokratisch & Flämisch), ÖVP = Österreichische Volkspartei. → Partei tendiert zu dieser Reaktion.

* In Bezug auf weitere EU-Integration, insbesondere Finanzhilfen für Krisenländer.

** In Bezug auf Einwanderung.

*** Auf föderaler Ebene gab es verschiedene Formen der Zusammenarbeit der CD&V und dem „Grenzfall“ N-VA (Pauwels 2013; Van Hecke 2012: 54-56). In Flandern koalieren beide Parteien.

Während die meisten konservativen und christdemokratischen Parteien von Beginn an mit strikter Abgrenzung gegenüber den Rechtspopulisten reagierten, gab es durchaus einige EVP-Mitgliedsparteien, die anders vorgingen. Die französische UMP zum Beispiel übernahm wiederholt Positionen des FN, um abwanderungsbereite Wähler an ihrem rechten Rand wiederzugewinnen und auch um den FN klein zu halten. Die niederländischen und die flämischen Christdemokraten sowie die dänisch konservative Volkspartei ließen sich von Rechtspopulisten tolerieren, während die österreichische Volkspartei 2000-2002 sogar eine Koalition mit der FPÖ einging.

Die Reaktionen der EVP-Mitglieder wechselten zudem im Zeitverlauf. Die pragmatische Beziehung zwischen den dänischen Konservativen (KF) und der populistischen DF kühlte vor den Wahlen 2011 merklich ab, als die KF eine strikte Abgrenzungsstrategie verfolgte. Die niederländischen Christdemokraten bereuten offensichtlich ihre Kooperation mit der PVV und kehrten zu einer Abgrenzungsstrategie zurück – allerdings viel zu spät, wie sich herausstellte. Auch andere konservative und christdemokratische Parteien legen inzwischen eine ablehnende Haltung gegenüber den Rechtspopulisten an den Tag. Trotz gegensätzlicher Positionen sowohl während des Wahlkampfes als auch in den nachfolgenden Koalitionsverhandlungen zu der euroskeptischen und nationalistischen Haltung der (Wahren) Finnen, konnte die finnische Nationale Sammlungspartei (KOK) dem Einfluss von Timo Soinis Partei nicht völlig widerstehen. Besonders in Euro- und Europafragen geriet die KOK unter Druck, restriktivere Positionen einzunehmen (Raunio 2013). Ähnlich erging es den norwegischen Konservativen, die hinsichtlich des anhaltenden Erfolgs der Fortschrittspartei bei der Einwanderungsdebatte Zugeständnisse machten (Jupskås 2013).

Um das Verhalten der konservativen und christlich-demokratischen Parteien zu verstehen, müssen zumindest drei verschiedene Ebenen näher untersucht werden. Zuerst gilt es zu klären, ob konservative und christdemokratische Parteien bei einem Annäherungskurs alle Positionen der Rechtspopulisten übernehmen oder nur einige Punkte. Zweitens sollte untersucht werden, warum manche Parteien ihre Gegenstrategie verändern und schließlich, ob sich eine Reaktionsstrategie findet, von der gesagt werden kann, dass sie gegen Rechtspopulisten hilft.

Zum ersten Punkt: Wenn demokratische Parteien ungeachtet ihrer eigentlichen ideologischen Ausrichtung Forderungen der Rechtspopulisten übernehmen, gehen sie dabei auch schwerwiegende Risiken ein. Eines liegt in dem potentiellen Glaubwürdigkeitsverlust sowohl bei den eigenen Wählern als auch in der breiten Öffentlichkeit. Anhänger konservativer oder christdemokratischer Parteien mit bürgerlichem Weltbild könnten sich abgestoßen fühlen, wenn ihre Partei auf einen sehr restriktiven Kurs in der Asyl- oder Einwanderungspolitik umschwenken oder plötzlich ethnische Minderheiten für alle möglichen Missstände verantwortlich machen würde. Wechselwähler, die mit Positionen der Rechtspopulisten sympathisieren, würden derartige Schwenks ohnehin kaum honorieren und doch lieber beim Original bleiben, selbst wenn konservative oder christdemokratische Parteien sich Forderungen der rechten Populisten zu eigen machten. Nicolas Sarkozys Versuch jedenfalls, sich im Präsidentschaftswahlkampf 2012 in Einwanderungsfragen oder in der Frage nach Bekämpfung von Vorstadtkriminalität (sein Wahlkampfthema 2007) unnachgiebiger und härter als Marine Le Pen zu geben, scheiterte vollkommen. Schließlich kann eine Annäherungsstrategie auch zu einer rückwirkenden Legitimation rechtspopulistischer Positionen führen (Goodwin 2011: 24).

In Fragen der europäischen Integration sind vor allem die europäischen Christdemokraten besonders anfällig für Angriffe der Rechtspopulisten. Für Jahrzehnte, in denen die europäische Union ohne größere Probleme wuchs und wuchs, galt Europa als christdemokratisches „Vorzeigeprojekt“. Heute aber hat ein Großteil der Wähler das Vertrauen in die EU verloren, besonders seit die Steuerzahler einiger Länder für die Schulden anderer Mitgliedsstaaten Bürgschaften übernehmen müssen (Institut für Demoskopie Allensbach 2011). Unter diesen Bedingungen ist das aktuelle Europa nicht gerade dazu angetan, massenhaft Zuspruch bei den Wählern auszulösen.² Es würde aber gerade Christdemokraten einen Großteil ihrer Glaubwürdigkeit kosten, wenn sie sich aus strategischen Gründen von der EU distanzieren. Daher ist es auch kein Wunder, dass es unter den EVP-Mitgliedern vor allem die konservativen Parteien sind, z. B. die finnische KOK, die norwegische *Høyre* und die britischen Konservativen, die sich europakritisch geben oder – unter dem Einfluss der Konkurrenz von rechts – geben mussten.

Die Ursachen für eine gewählte Reaktionsstrategie, unsere zweite Analyseebene, sind vielfältig. Generell kann gesagt werden, dass eine Partei, die sich einer anderen annähert oder Positionen eines Wettbewerbers übernimmt, damit schlicht die Absicht verfolgt, der oder den anderen Parteien Wähler abzujagen. In Bezug auf randständige Parteien kann dies durchaus integrativ und stabilisierend auf Demokratien wirken, sofern dies aus der Mitte des Parteienspektrums heraus geschieht. In Bezug auf die Einbindung des rechten Rands kann auch der Ausspruch des früheren CSU-Chefs Franz Josef Strauß noch immer als aktuell angesehen werden, dass es „rechts von der CSU“ (oder einer anderen christlich-demokratischen oder konservativen Partei) keine rechte Partei mehr geben dürfe.

Komplette Abgrenzung wird in der Regel moralisch begründet („Mit denen niemals!“). Abgrenzung heißt aber nicht nur, dass die Populisten ignoriert werden, sondern auch, dass eine demokratische Partei zu ihren Grundwerten steht (Goodwin 2011: 24). Wie zuvor ausgeführt, sind Abgrenzung und das Festhalten an eigenen Grundwerten eng miteinander verbunden. Es ist dabei ungleich schwerer, den Wählern komplexe Probleme und auch unpopuläre Entscheidungen zu erklären – man muss es nur immer wieder tun – als die oft sehr einfachen Parolen der Populisten zu übernehmen. Aber eine Partei muss glaubwürdig bleiben.

Während der Recherchen für diese Studie sagte ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei einem der Autoren, dass sie gewöhnlich zwanzig Minuten oder eine komplette Zeitungsseite benötigen würden, um eines der vielen komplizierten Themen rund um die Eurorettung auch nur halbwegs verständlich zu erklären, während Heinz-Christian Strache nur zwei Wörter benötigt, und sich der geballten Aufmerksamkeit des ganzen Landes sicher sein kann: „Genug gezahlt!“

Tolerierungsmodelle oder noch stärker formalisierte Formen der Zusammenarbeit erfolgen aus machtpolitischen und taktischen Überlegungen, etwa dann, wenn sich eine konservative oder christlich-demokratische Partei zu einer Koalitionsbildung mit Populisten entscheidet, in der sie die Seniorrolle hat und nicht Juniorpartner in einer Großen Koalition ist. Solche Koalitionen werden in der Regel mit dem Argument gerechtfertigt, durch Regierungsverantwortung würden die populistischen Parteien „entzaubert“. Der temporäre Absturz der FPÖ nach zwei Jahren Regierungsbeteiligung scheint diese These auf den ersten Blick zu bestätigen. Bei den Wahlen 2002 erlebte die FPÖ einen spektakulären Absturz von

27 Prozent im Jahr 1999 auf nur noch 10 Prozent, da sie nicht eines ihrer Wahlversprechen umsetzen konnte (Pelinka 2005: 98). Die ÖVP dagegen triumphierte und kam auf 42 Prozent der Stimmen. Die Legende, Rechtspopulisten können durch Einbindung in eine Regierungskoalition entzaubert werden, war geboren.

Dass dies nicht immer zutrifft, zeigt ein Blick in die Schweiz. Anders als in Österreich konnte eine Regierungsbeteiligung der SVP nicht schaden. Seit ihrer Gründung sitzt die Partei im Bundesrat und verbesserte ihre Wahlergebnisse ständig. 2003 wurde sie stärkste Partei und beanspruchte einen zweiten Sitz im Bundesrat. Die Gründe für ihren anhaltenden Erfolg liegen im politischen System des Landes, in dem die Mitglieder der Bundesregierung, anders als die FPÖ-Minister, keinem Koalitionszwang unterliegen. Die aus sieben Mitgliedern bestehende Bundesregierung ist ein kollektives Organ von Gleichen, das stets im Konsens handelt – bis die SVP ihren stärkeren Einfluss geltend machte. Anstatt diesen konsensorientierten Politikstil zu respektieren, verfolgte die SVP, vor allem Christoph Blocher, der langjährige Mentor der Partei, seine eigenen Ziele. 2004 wurde er Leiter des Justiz- und Polizeidepartments und nur ein paar Monate später peitschte er ein sogar noch strikteres Einwanderungs- und Asylrecht durch, als er im Wahlkampf versprochen hatte (Geden 2005: 79-80). Neben diesem Erfolg haben sich der stetige Angriff auf den konsensorientierten Politikstil, wiederholte Aufrufe für noch mehr Referenden und eine Serie von SVP-Initiativen, um straffällige Einwanderer auszuweisen, die sogenannte „Ausschaffungsinitiative“, für die SVP bezahlt gemacht, obwohl sie sich, um diese durchzusetzen, wie eine Oppositionspartei in der Regierung verhielt. Die SVP musste zwar bei den Wahlen 2011 geringe Stimmenverluste hinnehmen, aber sie ist immer noch die stärkste Partei der Schweiz.

Wenngleich es keinen stichhaltigen Beweis gibt, dass eine Entzauberung durch Regierungsbeteiligung eine effektive Strategie dafür ist, rechte Populisten politisch erfolgreich zu bekämpfen – ein Tolerierungsmodell ist sicherlich die schlechteste Reaktionsstrategie. Denn dadurch bekommen die Populisten direkten Einfluss auf die Politik eines Landes, ohne direkt zur Verantwortung gezogen werden zu können. Sie können vielmehr weiterhin jedes Unbehagen im Volke ausnutzen und unzufriedene Wähler gegen die Regierung mobilisieren.

Für die Mitgliedsparteien der EVP lässt sich allerdings kein Patentrezept im Umgang mit Rechts- und Nationalpopulisten herauslesen. Komplette Abgrenzung hat teilweise genützt und den EVP-Parteien neben hoher Glaubwürdigkeit auch gute Wahlergebnisse eingebracht wie z. B. in Polen/ Bürgerplattform oder in Schweden/Moderate. Teilweise hat sie aber auch geschadet, zumindest hinsichtlich der Wahlergebnisse (Dänemark/KF; Schweiz/CVP), was allerdings im Umkehrschluss nicht heißt, dass diese Parteien bei einer wie auch immer gearteten Übernahme von oder Annäherung an Themen der Populisten mehr Stimmen erhalten hätten. Die dänische Konservative *Folkeparti* ist 2001 aus Regierung ausgeschieden, aber aus Gründen, die kaum auf die Tolerierung durch die rechtspopulistische *Folkeparti* oder die Abgrenzung zur ihren Positionen zurückgeführt werden können. Auch Koalitionen eignen sich nur bedingt zur „Entzauberung“ der Populisten oder gar dazu, sie gänzlich aus dem Spiel zu drängen. Seit 2002 hat die FPÖ ihre vormalige Stärke nahezu wiedergewonnen (Heinisch 2013).

Das heißt – und zwar nicht nur für Österreich – dass Politik und Strategien konservativer und christlich-demokratischer Parteien bei weitem nicht die einzigen Ursachen für das Aufkommen von Rechts- und Nationalpopulisten sind. Sie sind auch nicht die einzigen Akteure, die sich mit den Populisten auseinandersetzen müssen. Wirksam gegen populistische Kräfte vorzugehen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wobei durch die voranschreitende Europäisierung – die einen Nährboden für die Populisten darstellt – nationale Bemühungen kaum noch ausreichen dürften, die Populisten klein zu halten.

Wie gesehen, gibt es keinen „Königsweg“ für christlich-demokratische und konservative Parteien in der Auseinandersetzung mit den rechts- und nationalpopulistischen Kräften. Abgrenzung ist auf Dauer ebenso wenig eine wirksame Strategie gegen sie wie die Übernahme einzelner Positionen oder die Bildung formeller Koalitionen. Auch die schwache Hoffnung, dass sie sich aufgrund innerer Zerwürfnisse selbst zerlegen, wie das zwischenzeitlich bei der dänischen Fortschrittspartei, der slowakischen Nationalpartei, der FPÖ oder auch den deutschen Rechtspopulisten („Schill-Partei“) der Fall gewesen ist, hat sich nicht bestätigt. Hat man populistische Parteien erst einmal im Haus, gibt es kaum ein Mittel, sie wieder loszuwerden. Am besten ist es – und das gilt für alle populis-

tischen Parteien, egal ob rechts oder links – ihren Aufstieg von vornherein zu verhindern. Aber dafür ist es in etlichen europäischen Ländern bereits zu spät.

Das heißt aber nicht, dass die Gründung oder Etablierung von Rechtspopulisten als unausweichlich angesehen werden muss. Alle demokratischen Kräfte können und müssen sich mit Populisten und den Bedingungen ihres Aufstiegs auseinandersetzen. Dabei bieten sich zumindest zwei verschiedene Vorgehensweisen an³.

Die erste besteht darin, zu handeln, insbesondere dann, wenn eine Partei auf lokaler, regionaler oder natürlich nationaler Ebene die Regierung stellt. Demokratische Parteien in politischer Verantwortung müssen soziale Exklusion durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit, lebenslange Abhängigkeit von Sozialleistungen, geringe oder gar keine Bildung oder die Verelendung ganzer Landstriche oder Stadtteile verhindern. Menschen, die sich abgehängt fühlen, zeigen eine besondere Anfälligkeit für die einfachen „Antworten“ der Populisten. Die etablierten Parteien müssen nicht nur die Sorgen und Nöte der gesamten Bevölkerung ernst nehmen, sie müssen auch dafür Sorge tragen, dass Menschen Perspektiven, sinnvolle Arbeits-, Weiterbildungs- und Freizeitangebote vorfinden, d. h. dass sie Zugang zum sozialen Leben haben und daran teilnehmen können. Das heißt, demokratische Parteien müssen die sozialen Ursachen der Populismusanfälligkeit wirksam bekämpfen.

Zudem gilt es insbesondere für christlich-demokratische und konservative Parteien, bestehenden Integrations-, Sozial- und Sicherheitsgesetze so zu nutzen oder ggf. auch zu verschärfen, dass bestehende Parallelwelten, rechtsfreie Räume oder Missbrauch von Sozialleistungen ausgeschlossen werden. Innere Sicherheit, keine Toleranz gegenüber Kriminalität – und zwar unabhängig davon, ob sie von „Einheimischen“, Menschen mit „Migrationshintergrund“ oder „Einwanderern“ begangen wird – unterscheiden sich von der ersten Art der Prophylaxe. Diese Maßnahmen fallen eindeutig in den Kompetenzbereich konservativer und christdemokratischer Parteien, die mehr als andere das Augenmerk auf Rechtsstaatlichkeit und das Gewaltmonopol des Staates legen. Alle westeuropäischen Länder sind Einwanderungsländer. Der Bedarf und der gesellschaftliche Nutzen von Einwanderung sind unbestritten. Aber Gastfreundschaft setzt auch Integrations- und Leistungsbereitschaft sowie die Bereitschaft, Normen und Regeln des „Gastgeberlandes“ anzuerkennen,

voraus. Das müssen christlich-demokratische und konservative Parteien durchsetzen, denn außer ihnen ist dazu meist keine andere demokratische Partei bereit.

Außerdem ist es gerade für die traditionell pro-europäischen christdemokratischen Parteien entscheidend, Europa und seinen Institutionen neuen Sinn und – dringender denn je – seiner Gemeinschaftswährung neue Stabilität zu geben. An den letzten Wahlen in Finnland, Frankreich und Österreich sowie anhand von Umfragen aus Deutschland oder den Niederlanden konnten wir sehen, dass sich angesichts immer neuer Rettungspakete für in die Krise geratene Euroländer ein wachsender Teil der Wähler Sorgen um die Zukunft Europas, vor allem aber um die eigene finanzielle Lage macht. Die Tatsache, dass Geert Wilders und seine PVV ihre Ergebnisse bei den letzten Wahlen in den Niederlanden auch durch eine Anti-Euro-Kampagne nicht verbessern konnten oder dass auch die eurokritische Alternative für Deutschland bei den Bundestagswahlen im September 2013 den Einzug in den Bundestag verpasste, bedeutet nicht, dass sich die Verunsicherung der Wähler bezüglich des Euro bereits gelegt hätte. Der gegenwärtige Stand der Gemeinschaftswährung, aber auch die Macht- und Regulierungsbefugnisse der EU-Behörden und die Exekutivlastigkeit der Krisenbewältigungsbemühungen bleiben Auslöser für eine grundlegende Unzufriedenheit oder Besorgnis, besonders in den Ländern, deren Steuerzahler die größten Lasten tragen (Puglisi 2012). Daher ist es entscheidend, dass nicht nur Vertreter der Exportwirtschaft, EU-Beamte und alle anderen, die von der EU leben oder in anderer Form von ihr profitieren, überzeugt sind, dass Europa „gut“ für sie ist, sondern auch die breite Masse der Bürger, die sich auf das Stabilitätsversprechen bei Einführung der Gemeinschaftswährung verlassen hat. Sollte dieses Versprechen gebrochen werden, dann hätte dies sehr wahrscheinlich zur Folge, dass das Vertrauen und die Geduld für das europäische Projekt ins Bodenlose fallen würden. Dies hätte dann nicht nur eine massive Legitimitätskrise für alle europabefürwortenden Parteien zur Folge, sondern wäre auch eine Steilvorlage für alle europakritischen Parteien, einschließlich der hier behandelten.

Daher ist es für die europabefürwortenden Parteien wie Christdemokraten und Konservative unabdingbar, für eine breitere Zustimmung zu Europa zu sorgen. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Politikstile und -erwartungen der EU-Mitglieder ist das gewiss nicht leicht. Dennoch erfordert ein derartiges Vorgehen, auf die Bürger einzugehen, ohne dafür

auf populistische Modelle zurückzugreifen, die Vorteile einer engeren europäischen Kooperation herauszustellen und zugleich auf Einhaltung fundamentaler Regeln für öffentliche Haushaltsführung und die Verantwortung der beteiligten Politiker zu drängen. All dies scheint nötig, um der europäischen Zusammenarbeit neue Legitimität zu verleihen und den Rechts- und Nationalpopulisten besonders in den nördlichen Ländern der Eurozone den Nährboden zu entziehen.

Ein anderer Weg im Umgang mit Rechtspopulisten besteht darin, ihre Propaganda direkt anzugreifen. Rechtspopulisten sind gleichzeitig Demagogen und „Nein-Sager“, die zwar gegen „jemanden“ oder „etwas“ Stimmung machen, aber äußerst selten konstruktive Lösungen anbieten können. Zwar gibt es immer wieder Wähler, die sich aus verschiedenen Gründen relativ leicht von den simplen „Lösungen“ und den Negativkampagnen der Populisten ansprechen lassen. Es ist daher umso mehr Aufgabe besonders der konservativen und christdemokratischen Parteien, der Öffentlichkeit zu zeigen, worin das Programm der Populisten wirklich besteht, nämlich in meist inhaltsleerer Propaganda ohne den geringsten Ansatz eines Lösungsvorschlags.

Auch wenn demokratische Parteien mehr Zeit benötigen, ihre Politik zu erklären – wenn politische Sachverhalte für viele Wähler sehr kompliziert klingen, die demokratischen Parteien dürfen sich nicht davor scheuen, ihre Ziele und Maßnahmen, ggf. auch ihre Visionen der Öffentlichkeit geduldig zu erklären. Die populistische Propaganda kann in gewissem Sinne sogar hilfreich sein, um Bereiche zu identifizieren, die bei den Bürgern Unzufriedenheit oder Angst auslösen. Diese Bereiche müssen von den etablierten Volksparteien gezielt und klar angesprochen werden. Das Erstarken von Rechts- und Nationalpopulisten sollte in diesem Sinne auch als Frühwarnsystem verstanden werden, dessen Signale von den demokratischen Parteien richtig interpretiert werden müssen.

- 1| *In einer von der Stiftung Mercator und der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten Studie von Chatham House über potentielle Gegenmaßnahmen unterschied Matthew Goodwin kürzlich (2011) fünf mögliche Szenarien, die sich teilweise mit unseren decken: (1) Ausgrenzung, (2) Entschärfung, (3) Annäherung, (4) Prinzip und (5) Engagement. Prinzip ist unserer Auffassung nach eng mit Ausgrenzung verbunden oder, wie wir es bezeichnen, mit Abgrenzung. Aber wir diskutieren auch strategische Antwortoptionen für Mitgliedsparteien der EVP, während Goodwin sich hauptsächlich auf Mitte-links Parteien konzentriert.*
- 2| *Umfragen haben gezeigt, dass der Anteil der Wähler, die skeptisch gegenüber der EU im Allgemeinen und gegenüber Finanzhilfen für in Schieflage geratene (süd)europäische Volkswirtschaften im Besonderen sind, kontinuierlich zugenommen hat. Im Jahre 2002, kurz nach Einführung der gemeinsamen Währung, äußerten noch annähernd 50% der Deutschen, dass sie Vertrauen in die EU und die europäischen Institutionen hätten. Dieser Anteil war 2011 auf 33 % gefallen. Das heißt, zwei Drittel der Deutschen bringen der Europäische Union kein oder nur geringes Vertrauen entgegen (Institut für Demoskopie Allensbach 2011:3; und Anhang, dort Tabelle 7).*
- 3| *Auf den ersten Blick scheint es, als könnte auch „Engagement“, d. h. die permanente Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten auf lokaler Ebene durch demokratische Kräfte, eine weitere gut geeignete Reaktionsstrategie sein, wie Goodwin (2011: 26) es vorschlug. Diese Strategie könnte aber für alle demokratische Kräfte und Parteien gelten, nicht nur speziell für die EVP-Mitglieder. Zudem haben wir Zweifel, ob die Strategie aufgeht. Rechtspopulistische Parteien werden in der Regel von charismatischen Personen geführt und kontrolliert. Diese Führer oder politischen Unternehmer wenden sich meist direkt an die Medien und kommen mit vergleichsweise schwachen lokalen Organisationsstrukturen aus. Daher dürfte „Engagement vor Ort“ nur sehr eingeschränkt die richtigen Adressaten treffen, da die physische Präsenz der Rechtspopulisten „vor Ort“ in der Regel sehr schwach ist. Auch deshalb fällt den (Leit-)Medien eine besondere Rolle in der Auseinandersetzung mit den Populisten zu.*

LITERATURVERZEICHNIS

- Backes, Uwe und Eckhard Jesse. 1998. „Neue Formen des politischen Extremismus?“, in: dies. (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus und Demokratie*. Baden-Baden: Nomos, S. 15-32.
- Bauer, Werner T. 2010. *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Bayer, József. 2002. „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31. Jg., Nr. 3, S. 265-280.
- Betz, Hans-Georg. 1998. „Introduction“, in: Hans-Georg Betz und Stefan Immerfall (Hrsg.): *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*. Houndmills und London: Macmillan, S. 1-10.
- Betz, Hans-Georg. 2001. „Exclusionary Populism in Austria, Italy and Switzerland“, in: *International Journal*, 53. Jg., Nr. 3, S. 393-420.
- Betz, Hans-Georg. 2002. „Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31. Jg., Nr. 3, S. 251-264.
- Bornschie, Simon. 2011. „Why right-wing populist parties emerged in France but not in Germany: cleavages and actors in the formation of a new cultural divide“, in: *European Political Science Review*, Online-Publikation unter: <http://journals.cambridge.org/download.php?file=%2FEPR%2FS1755773911000117a.pdf&code=a8c687e145f32ac2533e435a6523a1b7> (letzter Besuch am 16. Mai 2012).
- Chryssogelos, Angelos-Stylianos. 2011. *Old Ghosts in New Sheets: European Populist Parties and Foreign Policy*. Brüssel: Centre for European Studies.
- Decker, Frank. 2004. *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen: Leske und Budrich.
- Decker, Frank. 2006. „Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven“, in: ders. (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-32.
- Frölich-Steffen, Susanne. 2008. „Populismus im Osten und im Westen als parallele Entwicklungen?“, in: Ellen Bos und Dieter Segert (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen: Barbara Budrich, S. 303-321.
- Frölich-Steffen, Susanne und Lars Rensmann. 2005. „Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung“, in: dies. (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien: Braumüller, S. 3-34.
- Geden, Oliver. 2005. „Identitätsdiskurs und politische Macht: Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Opposition und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP“, in: Susanne Frölich-Steffen und Lars Rensmann (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien: Braumüller, S. 69-83.
- Goodwin, Matthew. 2011. *Right response. Understanding and countering populist extremism in Europe*. Report. London: Chatham House.
- Grabow, Karsten und Florian Hartleb (Hrsg.). 2013a. *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies.
- Grabow, Karsten und Florian Hartleb. 2013b. „Mapping Present-day Right-wing Populists“, in: Grabow und Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues ...*, S. 13-44.
- Hartleb, Florian. 2004. *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Hartleb, Florian. 2011. *Nach ihrer Etablierung: Rechtspopulistische Parteien in Europa*. Berlin und Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Hartleb, Florian. 2012a. „Populismus als Totengräber oder als mögliches Korrektiv der Demokratie“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 5-6/2012, S. 22-29.
- Hartleb, Florian. 2012b. „Renationalisierung Europas? Rechtspopulistische Parteien erstarken, finden aber nicht zusammen“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 4/2012, S. 122-137.
- Hartleb, Florian. 2013. „Populism in Western and Eastern Europe Compared“, in: Grabow und Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues ...*, S. 353-372.
- Heinisch, Reinhard. 2013. „Austrian Right-wing Populism: A Surprising Comeback under a New Leader“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 47-79.
- Helms, Ludger. 1997. „Right-Wing Populist Parties in Austria and Switzerland: A Comparative Analysis of Electoral Support and Conditions of Success“, in: *West European Politics*, 20. Jg., Nr. 2, S. 37-52.
- Institut für Demoskopie Allensbach. 2011. *Schicksalsthema Europa. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher*. Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 243, 19. Oktober.
- Jupskås Anders Ravik. 2013. „The Progress Party: A Fairly Integrated Part of the Norwegian Party System?“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 205-236.
- Katz, Richard. 1990. „Party as linkage: A vestigial function?“, in: *European Journal of Political Research* 18, S. 143-161.
- Klein, Andreas M. 2012. „Aufbegehren gegen Europa. Zur Entwicklung rechtspopulistischer Parteien in Dänemark, Schweden und Finnland“, in: *Die Politische Meinung*, 57. Jg., Nr. 506/507, S. 62-67.

- Kriesi, Hanspeter. 2005. „Einleitung“, in: Hanspeter Kriesi u. a. (Hrsg.): *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, S. 1-8.
- Lachat, Romain und Peter Selb. 2005. „Kantonaler Vergleich“, in: Hanspeter Kriesi u. a. (Hrsg.): *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, S. 237-255.
- Lijphart, Arend 1999. *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven und London: Yale University Press.
- Lynch, Philip, Richard Whitaker und Gemma Loomes. 2012. „The UK Independence Party: Understanding a Niche Party's Strategy, Candidates and Supporters“, in: *Parliamentary Affairs*, 65/2012, S. 733-757.
- Mayer, Nonna. 1998. „The French National Front“, in: Hans-Georg Betz und Stefan Immerfall (Hrsg.): *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*. Houndmills und London: Macmillan, S. 11-25.
- McGann, Anthony und Herbert Kitschelt. 2005. „The Radical Right in the Alps. Evolution of Support for the Swiss SVP and the Austrian FPÖ“, in: *Party Politics*, 11. Jg., Nr. 2, S. 147-171.
- Minkenberg, Michael. 1998. *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Mudde, Cas. 2004. „The Populist Zeitgeist“, in: *Government and Opposition*, 39. Jg., Nr. 4, S. 541-563.
- Mudde Cas. 2007. *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nordsieck, Wolfram. 2013. *Parties and Elections/Countries* <http://www.parties-and-elections.eu/> (letzter Besuch am 24.09.2013).
- North, Douglass. 1990. *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Pauwels, Teun. 2013. „Belgium: Decline of National Populism?“ in: Grabow und Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues ...*, S. 81-104.
- Pelinka, Anton. 2005. „Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition“, in: Susanne Frölich-Steffen und Lars Rensmann (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien: Braumüller, S. 87-104.
- Priester, Karin. 2012. „Wesensmerkmale des Populismus“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 5-6/2012, S. 3-9.
- Puglisi, Laura. 2012. *Europäische Parteienlandschaft im Wandel. Research Briefing, European Integration*. Frankfurt am Main: Deutsche Bank.
- Ramonaitė, Ainė und Vesta Ratkevičiūtė. 2013. „The Lithuanian Case: National Populism Without Xenophobia“, in: Grabow und Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues ...*, S. 263-291.
- Raunio, Tapio. 2012. „Whenever the EU is involved, you get problems“: *Explaining the European policy of The (True) Finns*. Sussex European Institute, SEI Working Paper No. 127, University of Sussex.
- Raunio, Tapio. 2013. „The Finns: Filling a Gap in the Party System“, in: Grabow und Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues ...*, S. 133-160.
- Riedlsperger, Max. 1998. „The Freedom Party of Austria: From Protest to Radical Right Populism“, in: Hans-Georg Betz und Stefan Immerfall (Hrsg.): *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*. Houndmills und London: Macmillan, S. 27-43.
- Schäfer, Axel. 2010. „Vorwort: Rechtsruck in Europa“, in: Werner T. Bauer: *Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream?* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Scharenberg, Albert. 2005. „Rückkehr der Führer? Rechtsparteien in Europa“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 5/2005, S. 571-582.

- Svåsand, Lars. 1998. „Scandinavian Right-Wing Radicalism“, in: Hans-Georg Betz und Stefan Immerfall (Hrsg.): *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*. Houndmills und London: Macmillan, S. 77-93.
- Taggart, Paul. 2000. *Populism*. Buckingham: Open University Press.
- Taggart, Paul und Alex Szczerbiak. 2008. „Introduction: Opposing Europe? The politics of Euroscepticism in Europe“, in: dies. (Hrsg.): *Opposing Europe? Comparative and theoretical perspectives*, Bd. 1. Oxford: Oxford University Press, S. 1-15.
- Taquieff, Pierre-André. 2012. *Le nouveau national-populisme*. CNRS Éditions: Paris.
- Van Hecke, Steven. 2012. „Christlich-demokratische Parteien in Belgien“, in: Karsten Grabow (Hrsg.): *Christlich-demokratische Parteien in Westeuropa. Stand und Perspektiven*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 49-62.
- Vossen, Koen. 2011. „Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders“, in: Friso Wielenga und Florian Hartleb (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. Münster u. a.: Waxmann, S. 77-104.
- Wysocka, Olga. 2013. „Polish Populism: Time for Settlement“, in: Grabow und Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues ...*, S. 293-321.7.

DIE AUTOREN

Karsten Grabow, Dr. phil. habil., ist Parteienforscher in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Derzeit vertritt er den Lehrstuhl für Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Florian Hartleb, Dr. phil., arbeitete als Research Fellow am Centre for European Studies (CES) in Brüssel und ist derzeit als Parteienforscher in der Hauptabteilung Politik und Beratung der KAS tätig.

Theresa Saetzler, M.A., ist Honorarmitarbeiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung

Leiter Team Innenpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

10907 Berlin

Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 94

E-Mail: nico.lange@kas.de